

Wir danken allen unseren InserentInnen, SponsorInnen und SpenderInnen 2013 sowie folgenden Spielstätten:





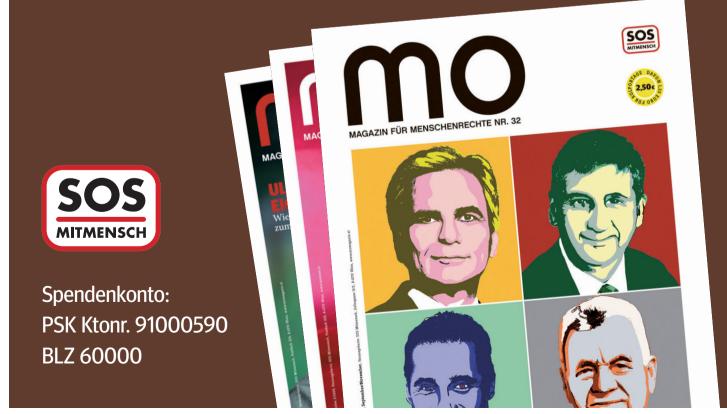








Sie ermöglichen unsere Menschenrechtsarbeit mit dem Ziel der Chancengleichheit und Gleichberechtigung für alle Menschen.



MO EDITORIAL



Später Schutz: 20 Jahre Anerkennung als Minderheit, Roma in Österreich. Foto: Karin Wasner

Liebe Leserin Lieber Leser

Wenn in Medien von Roma berichtet wird, fühlt man sich des Öfteren an "Framing" erinnert. Das ist jene politische Strategie, mit der die Sicht auf ein Problem ein wenig "umgelenkt" wird. Das eigentliche Problem wird anders dargestellt und fortan werden für das Scheinproblem Lösungen gesucht. Im Fall der Roma geht die Wahrnehmungsverschiebung offenbar Richtung Betteln und Kriminalität. Soziale Probleme schlecht Gebildeter und Armutsbetroffener geraten auf diese Weise zur Stigmatisierung einer ganzen Volksgruppe. Diese Generalisierung erzählt aber zugleich auch von einer langen Geschichte der Ausgrenzung in Europa. Hatten viele der Leute vor der Wende noch Arbeit, gehörten sie danach zu den Ersten, die sie verloren. Slowakinnen, Serben oder Rumäninnen, die als ArbeitsmigrantInnen nach Österreich kommen, erzählen teils nur ungern, dass sie der Roma-Volksgruppe angehören. In Interviews ließen wir uns aus dem Leben einiger Menschen berichten. Auch wenn es kein "Anlass" für dieses Dossier war: Vor 20 Jahren, im Jahr 1993, wurde den Roma in Österreich der Status einer Minderheit zugesprochen. Ein gewisser Schutz und politische Rechte sowie das Aufkeimen eines Selbstbewusstseins sind damit zweifellos verbunden.

In eigener Sache:

MO – Magazin für Menschenrechte, früher unter dem Titel "Moment", existiert seit nunmehr achteinhalb Jahren. Das Projekt ist der Versuch, breite Themen auch aus anderer Perspektive zu beleuchten. Oder Themen, die im Mainstream nur als Fußnote vorkommen, mehr Platz einzuräumen. Finanziell ist ein unabhängiges Magazin, das keine Medienförderung bezieht und auch von Parteien nicht mit Inseraten "versorgt" wird, eine knappe Sache. Falls Sie sich für ein Soli-Abo von MO entscheiden, wäre das eine schöne Sache.

Spannende Momente wünscht Gunnar Landsgesell

INHALT/VERZEICHNI/







Foto: UN Photo / UNHCR / Phil Behan



Foto: Philipp Sonderegge

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

Mobbing im Namen der Republik? Österreich vertreibt hochqualifizierte Menschen aus dem Land. *Kommentar: Alexander Pollak*

Dossier Demokratie

8 DER LANGE WEG

Erst vor 20 Jahren wurden Roma in Österreich als Minderheit anerkannt. Ein Besuch in Oberwart. Text: Gunnar Landsgesell

12 GEDULD UND EINE GUTE STRATEGIE

Sie hat als eine der ersten weiblichen Croupiers in Österreich gearbeitet und FPÖ-Wahlstände als Ninja-Kämpferin aus dem Gleichgewicht gebracht. Die Künstlerin Simonida Selimovic im Gespräch mit *Philipp Sonderegger*

14 FARBE BEKENNEN

Eine Schülerin, eine Studentin und ein junger Künstler erzählen über die Schwierigkeit, Roma zu sein. *Text: Stefan Kraft*

18 DAS WAR EIN SCHOCK

Simone Schönett gehört der Minderheit der Jenischen an. Als Schriftstellerin setzt sie sich damit auseinander. Für ihre Eltern war das schwierig. Interview: Niko Katsivelaris

20 MANCHMAL FEHLT DAS BEWUSSTSEIN

Vesna Dimic arbeitet als Schulmediatorin für Kinder von Roma. Das heißt auch, viel mit den Eltern zu sprechen. *Interview: Piotr Lansky*

Andere Themen

24 AUS LAMPEDUSA NICHTS GELERNT

Die mediale Aufregung um die Toten vor Europas Küste ist verhallt. Eine Kursänderung Brüssels ist nicht in Sicht. *Text: Elias Bierdel*

28 GETRENNTE BRÜDER

Ali B. kann seinen minderjährigen Bruder nicht nachholen, obwohl beide Waisen sind. Was bedeutet Kernfamilie im Asylrecht? *Text: Eva Bachinger*

30 DAS DRITTE GESCHLECHT

Werden Kinder intersexuell, also ohne eindeutige Geschlechtszugehörigkeit geboren, drängt die Medizin auf eine rasche Operation. Falsche Entscheidungen führen später nicht selten zu schweren psychischen Problemen. *Text: Clara Akinyosoye*

33 ZWISCHEN TRADITION UND MODERNE

Vietnam versorgt einige seiner Minderheiten mit kostenlosen staatliche Dienstleistungen, um sie politisch zu integrieren. Eine Gratwanderung. Reportage: Philipp Sonderegger

Rubriken

37 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock fordert einen Gipfel zum Problem der Unterbringung. Aufgezeichnet von Gunnar Landsgesell

38 KOMMENTARE

Martin Schenk fordert: Sei achtsam! Philipp Sonderegger zu Asyl wegen Wirtschaftsflucht Olivera Stajic über Nationalismus in der Diaspora.

40 POPULÄRKULTUR

Digital Disconnect und die Monopolisierung des Internets; Ceija Stojka über ihr Leben; Schwarzbuch Raiffeisen.

41 SPOTLIGHT

ErntehelferInnen klagen einen Tiroler Großbauern wegen unterlassener Zahlungen. Die 33-jährige Andrada aus Rumänien ist eine von ihnen. Text: Sónia Melo

45 SOS MITMENSCH

... hofft auf Soli-Abos von MO, der Zeitschrift, die Sie gerade in Händen halten.

46 ANDERE ÜBER ...

Eine Gruppe junger JournalistInnen, die sich Dossier nennt, hat 98 Asylheime besucht. Eine Bestandsaufnahme.

17 IMPRESSUM



Das Freiwilligengesetz

bringt Absicherung für:

das Freiwillige Sozialjahr

das Freiwillige Umweltschutzjahr

den Gedenkdienst

den Friedens- und Sozialdienst im Ausland

Für die Vielzahl an jungen Menschen, die ein solches freiwilliges Jahr absolvieren, ist der Erhalt der Familienbeihilfe bei zugelassenen Trägern gesetzlich gesichert. Der Freiwilligenrat hat durch das Gesetz einen institutionellen Rahmen bekommen und freiwilliges Engagement wird unter anderem zusätzlich durch den Freiwilligenpass gefördert.

Alle Infos unter www.freiwilligenweb.at





Ausdruck von **Zufriedenheit.**



Ferdinand Berger & Söhne GmbH | Horn | Wien | Graz | Innsbruck

www.berger.at



Die gemeine Gerbera war schon immer Gretas liebste Grünpflanze. Die körbchenförmigen Blütenstände, die fiederteiligen Blätter, die zweizipfelige Kronröhre.... Niemals würde ein von Menschenhand erschaffenes Artefakt auch nur annähernd so symmetrisch und rundherum vollkommen sein. Die einzige Ausnahme war da vielleicht Gretas neue Sonnenbrille, zufällig in ihrer Lieblings-Gerbera-Farbe...

Brillen.manufaktur®

Nikolaus Hauser

Neubaugasse 18 1070 WIEN T/F +43 01 523 82 00

Pre-Press | Digitaldruck | Bogenoffsetdruck | Rollenoffsetdruck | Industrielle Buchbinderei



Antiziganismus in Österreich

Dokumentation rassistischer Vorfälle gegen Roma/Romnja und Sinti/Sintize

Die erste Publikation zu aktuellem Rassismus gegen Roma und Sinti in Österreich erscheint Ende 2013 und kann kostenlos beim

Verein Romano Centro bestellt werden:

Tel.: 01 749 6336 15

E-Mail: office@romano-centro.org

Der Bericht steht auf der Homepage zum Download zur Verfügung:

www.romano-centro.org



HANDLUNG BEDARF

MEDIENPOLITIK

Vertreibungssucht

Österreich mobbt qualifizierte, hochmotivierte und längst verwurzelte Menschen aus dem Land. So greift die Rot-Weiß-Rot-Karte nicht.

Kommentar: Alexander Pollak



Illustration: Petja Dimitrova

Ihr blieb keine andere Wahl als ein Rückflugticket nach Kolumbien zu buchen. Trotz zweier erfolgreich absolvierter Studien, trotz Jobangeboten, trotz bereits 11-jährigem Aufenthalt in Österreich und trotz höchster Motivation, wollte die österreichische Politik die 29-Jährige aus dem Land haben. Wer in Österreich als Nicht-EU-Bürgerin ein Studium absolviert hat, muss ein Jobangebot mit einem Anfangsgehalt von mehr als 1.998 Euro in einem fixen Angestelltenverhältnis vorweisen, um eine Rot-Weiß-Rot-Karte erlangen zu können.

Erst als SOS Mitmensch die Öffentlichkeit über die realitätsfremde Regelung und den Fall von Natalia Z. informierte, setzte eine Welle der Solidarität ein. Die hochqualifizierte Kolumbianerin erhielt neben gut gemeinten Adoptionsangeboten und Heiratsanträgen auch Jobofferte von empörten UnternehmerInnen, die es ihr schließlich ermöglichten, die Einkommenshürde für die Rot-Weiß-Rot-Karte zu überspringen.

Wie aber kommt die Politik überhaupt auf die magische Grenze von 1.998 Euro? Das sei in etwa das Durchschnittsanfangsgehalt von vollzeitbeschäftigten StudienabsolventInnen, verlautet es rechtfertigend von Seiten der Regierung. Doch diese Rechtfertigung hat erhebliche Schwachstellen: Nicht nur unterscheiden sich die Anfangsgehälter je nach Studium erheblich, es landet auch

nur ein Teil der StudienabsolventInnen nach Studienende in einem Vollzeitangestelltenverhältnis. Viele starten mit Teilzeitjobs, als selbständige ProjektarbeiterInnen oder müssen sich überhaupt erst durch Praktika einen Job erarbeiten.

Man wolle mit den starren Hürden eben Lohndumping verhindern, so das nächste Argument der Regierung. Doch die Realität schaut wiederum anders, nämlich oftmals genau umgekehrt, aus. Durch die zu hohen Hürden für die Rot-Weiß-Rot-Karte sind viele, die in Österreich eine Ausbildung gemacht haben, dazu gezwungen, immer neue Ausbildungen anzufangen, um nicht das Land verlassen zu müssen. Nebenbei arbeiten sie teils offiziell, teils aber auch inoffiziell – und damit nur mit geringer oder gar keiner sozialer Absicherung –, immer in der Hoffnung auf den erlösenden Traumjob oder politisches Umdenken.

Rot-Weiß-Rot-Karte neu

Seit dem Fall der 29-jährigen Kolumbianerin hat sich die Politik keinen Millimeter bewegt. Das bekommt unter anderem gerade ein 32-jähriger Nepalese zu spüren. Sujan D. kam vor knapp 10 Jahren als bester Bachelorabsolvent seines Jahrgangs nach Österreich. Der damals 22-jährige absolvierte zwei Wirtschaftsstudien, jobbte währenddessen und danach als Zeitungszusteller und als

persönlicher Assistent für eine Person mit Behinderung und steht jetzt dennoch ohne Aufenthaltssicherheit und vollem Zugang zum Arbeitsmarkt da.

Für ihn liegt die Hürde für die Rot-Weiß-Rot-Karte sogar noch höher als für andere, nämlich bei 2664 Euro Monatseinkommen. Denn der Nepalese hat das Pech, dass er seine Studien an einer Privatuniversität absolvierte, die anschließend insolvent wurde und deren Studienabschlüsse die österreichischen Behörden nicht anerkennen wollen.

"Österreich ist zu meiner zweiten Heimat geworden. Ich würde gerne hier bleiben und etwas beitragen, aber die Politik macht es mir und meiner Frau sehr, sehr schwer. Meine Frau erwartet ein Kind. Wir wollen dieses Kind nicht in einer Situation der absoluten Unsicherheit aufziehen. Deshalb denken wir ernsthaft darüber nach, Österreich wieder zu verlassen, auch wenn es uns weh tut", so Sujan D.

Der letzte Funken Hoffnung für D. und viele andere ist, dass sich die "Regierung neu" auch auf eine "Rot-Weiß-Rot-Karte neu" einigt. Dringend geboten wäre nicht nur eine Senkung der Einkommenshürden und eine flexiblere Ausgestaltung, es braucht zudem auch ein vollkommen einkommensunabhängiges Modell für Personen wie D., die bereits langjährig in Österreich leben und längst hier verwurzelt sind.



Oberwart von der "Siedlung" aus betrachtet. Dazwischen liegen ausgedehnte Felder und eine Geschichte distanzierter Bekanntschaft.

DER LANGE WEG

Seit 20 Jahren sind Roma in Österreich als Minderheit anerkannt. Seither hat sich einiges zum Besseren entwickelt. In Osteuropa hatte die Wende eher den gegenteiligen Effekt.

Text und Fotos: Gunnar Landsgesell

sich der Anschlag auf die Roma-Siedlung in Oberwart jährt, melden sich die Journalisten. Dann kommen die seltsamsten Fragen auf. "Ob die Leute dort überhaupt Deutsch sprechen", wollte einer wissen. Oder ob sie in "Lehmhütten" leben. Oder es ruft eine Zeitung an und will sich ein Statement über Roma in irgendeinem anderen Land abholen, so als wäre man dafür zuständig. Mario Baranyai hat schon einiges erlebt, obwohl er mit 25 Jahren noch recht jung ist. Er arbeitet im "Verein Roma Oberwart" als Berater, etwa wenn es darum geht, für Jugendliche die richtige Lehrstelle zu finden. Ziemlich souverän wirkt er, wenn er so erzählt. Und man bekommt den Eindruck. dass der Verein so etwas wie ein Schutzschild für die Roma in Oberwart ist. Als im Jahr 1995 vier Menschen ermordet wurden, strömten die Reporter in die Siedlung und hielten die Kameras durch die Schlafzimmerfenster. Seither ist Skepsis angesagt. Seit 20 Jahren sind Roma als Minderheit in Österreich anerkannt. Als letzter Volksgruppe wurde nun auch ihnen jener Status zugesprochen, der Minderheiten schützen soll. "Das bringt Selbstbewusstsein, auch öffentlich zu sagen, dass wir Roma sind", sagt Mario. Wie wenig man sich um die Rechte dieser Menschen gekümmert hat, zeigt allein die Geschichte der "Siedlung", eigentlich ein Gemeindebau in Oberwart. Es ist mittlerweile die dritte, jede wurde in deutlicher Distanz zum Ort angelegt (siehe Foto). Als während des Nationalsozialismus Oberwart "zigeunerfrei" gemacht und danach doch eine Handvoll KZ-Überlebender zurückgekehrt war, schien das den politisch Verantwortlichen peinlich zu sein. Das schreibt Stefan Horvath in seinem neuen Buch "Atsinganos". Der Besitz, die Häuser wurden den Leuten nicht zurückerstat-

tet. Viele Jahre vergingen, bis die Gerichte

symbolische Entschädigungen zusagten. In

diesen Jahren und danach lebte man in den

ber die Medien muss Mario sich

schon wundern. Jedes Jahr, wenn

von der Gemeinde errichteten Siedlungen. Zuerst ohne Wasser und Strom, ab Anfang der 1970er Jahre mit. Zu diesem Zeitpunkt war das Krankenhaus in Oberwart zu klein geworden, man brauchte ein neues. Man erbaute es genau dort, wo die Roma wohnten. Wieder zwang man sie zur Übersiedelung. Die Müllhalde der Gemeinde, schreibt Horvath, übersiedelte jedes Mal mit. Früher landete darauf alles: Alteisen, Motoröl und selbst abgetrennte Gliedmaßen aus dem Krankenhaus. Die Kinder spielten dort, und niemand beschwerte sich über den Gestank. Das war damals.

Heute, insbesondere seit dem Anschlag, ist einiges anders. Die Wohngemeinschaft von damals, als jedes Kind bei jeder Familie ganz selbstverständlich mit Essen versorgt wurde, gibt es heute so nicht mehr. Die Jun-

DISKRIMINIERUNG: ES WIRD LANGSAM BESSER. ABER ES HERRSCHT GROSSE UNWIS-SENHEIT. MARIO BARANYAI

gen arbeiten anderswo, ziehen aus der Siedlung weg, die Alten bleiben. Vielleicht 60 Leute leben noch dort. Irgendwann in der Zukunft wird es die Siedlung in Oberwart nicht mehr geben. Das hat auch mit dem Bildungsstand zu tun. 95 Prozent der heute über 45-Jährigen hat man in Sonderschulen gesteckt. Viele blieben Analphabeten und kamen am Arbeitsmarkt als HilfsarbeiterInnen unter. Oder am Bau, so wie Buchautor Stefan Horvath. Obwohl er damals gar nicht schlecht verdiente, wie er schreibt, hätte er doch einen anderen Beruf ergreifen können. Schließlich war der im Jahr 1949 Geborene einer der ganz wenigen, die nicht in die Sonderschule kamen. Trotz seines Vorzugszeugnisses gab es auf der Hauptschule plötzlich keinen Platz mehr. Erst als Horvaths Volksschullehrer beim Hauptschuldirektor Druck machte, ließ man erstmals doch ein "Zigeunerkind" an die Schule. Mario Baranyai kennt solche Umstände nur noch aus Erzählungen. Zwar wurde er mit zwölf Jahren von drei Schulkollegen abgefangen, verprügelt und beschimpft, ohne dass die Schulleitung reagierte. Doch heute sei bereits eine andere LehrerInnengeneration am Werk, sagt Mario, und die Kooperation mit den Schulen funktioniere sehr gut. Sicherlich, manchmal kommt es noch vor, dass ein Betrieb oder ein Wohnungsvermieter aufgrund des Familiennamens eine Lehre oder eine Wohnung verweigert, es werde aber besser. "Diskriminierung", sagt Mario, "wird über Generationen weitergegeben, es herrscht ein großes Unwissen."

Roma-Panik in Europa

In Österreich leben einige tausend Roma und Sinti, wie viele genau, ist nicht bekannt. Nur eine Minderheit davon ist autochthon, die meisten reisten aus anderen Teilen Europas ein, um hier zu arbeiten. Sie sind SerbInnen, RumänInnen oder SlowakInnen - und zugleich eben auch Roma. Was sie verbindet, ist vielleicht vor allem die Sorge, ausgegrenzt zu werden. Eine einheitliche Roma-Kultur, die gibt es gar nicht, erklären einem Angehörige. Und selbst die Sprache, das Romanes, sei stark von der jeweiligen Landessprache geprägt. Ein Bild von den Roma gibt es aber doch. Es hat mit Musik oder Betteln zu tun. Das sind die Zusammenhänge, in denen Roma erwähnt werden. Aus einem sozialen Problem wird ein kulturelles Phänomen. Sozialreportagen aus Slums in Osteuropa verstärken den Eindruck, dass wieder ein unverstellter Blick auf das Volk der Roma geliefert wird. Für Roma-Vertreter in Europa ist die Problematisierung der Armut ein Dilemma, weil einerseits notwendig, andererseits nur zum Teil repräsentativ. Sie fordern immer öfter von Brüssel, Infrastrukturprogramme in Südosteuropa zielgerichteter zu gestalten. Rudko Kawczynski, Präsident des European Roma and Travellers Forum in Straßburg, kritisiert, dass in Rumänien nur 0,2 Prozent der vorhandenen

ROMA-HILFE AUS BRÜSSEL: GELD KOMMT HÄUFIG NICHT ARMUTSBETROFFENEN ZUGUTE

EU-Mittel beantragt würden, weil das Land "romafeindlich" sei und kein Interesse an der Verbesserung ihrer Situation besteht. Anderswo würden schamlos Straßen, Schulen oder öffentliche Plätze aus Programmen finanziert, die für Armutsbetroffene zweckgewidmet sind. Da Roma-Angehörige in den Jahren nach der Wende zu den Ersten gehörten, die aus Gründen geringer Bildung oder auch aus Rassismus gekündigt wurden, sei es kein Wunder, dass diese nun Arbeit in den reicheren Ländern suchen. "Roma sind keine Nomaden, die freiwillig von Land zu Land ziehen", erklärte Kawczynski einer deutschen Straßenzeitung, "sie werden aus ihren Heimatländern regelrecht vertrieben." Zwar begannen Roma überall in Europa sich zu organisieren und - von einem Minderheitenstatut gestärkt - ein neues Selbstbewusstsein zu entwickeln, zugleich wurde die Stimmung der Mehrheitsbevölkerungen gegen Roma in den vergangenen Jahren nicht besser. Regelmäßig ist von Aktionen rechtsextremer Gruppierungen gegen die BewohnerInnen von Armensiedlungen zu hören, egal ob in Ungarn, Tschechien oder der Slowakei, wo erst kürzlich der rechtsradikale und erklärte "Roma-Hasser" Marian Kotleba in der Region Banská Bystrica zum Regionalpräsidenten gewählt wurde. In Frankreich kam es, egal ob unter Sarkozy oder Hollande, zu Deportationen, in Deutschland werfen aufgebrachte BürgerInnen zugewanderten Roma die Ausplünderung der Sozialkassen vor. Kawczynski ortet eine Art "Roma-Panik" in Europa. Fast allen dieser Brennpunkte ist gemein, dass dort bescheidener Wohlstand auf blanke Armut trifft. In südosteuropäischen Staaten, in denen Krankenhäuser nur noch gegen Bezahlung operieren und die PatientInnen für teure Medikamente selbst aufkommen müssen, sind soziale Verwerfungen kein Wunder. Dennoch gibt es auch erfreuliche Ansätze: im strukturschwachen



Mario Baranyai, Mutter Susanne, vom "Verein Roma Oberwart" zur Bildungsfrage: Die Generation 40plus, die als Kinder noch automatisch in Sonderschulen gesteckt wurde, hat heute ein Job-Problem.

Norden Tschechiens etwa, wo in dem 2.500-Einwohner-Ort Obrnice die Bürgermeisterin der konservativen ODS entschiedene Schritte setzte. Sie ging gegen Wohnungsspekulanten vor, kaufte für die Gemeinde mehrere Wohnungen zurück, ließ Kindergärten und Schulen und einen verlotterten Plattenbau, der nur "Haus des Schreckens" genannt wurde, renovieren. Sie forcierte die Community-Arbeit, sorgte dafür, dass Roma in Projekte der öffentlichen Sicherheit eingebunden wurden, und schuf mit Festen und Aktionen die Möglichkeit für gegenseitige Begegnungen. Das Geld dafür kommt aus dem Europäischen Sozialfonds. Es wird nicht allein dafür verwendet, Roma-Angehörige zu fördern, betont die Leiterin des Zentrums für soziale Dienstleistungen in Obrnice. Es gehe insgesamt um sozial Schwache. Sie hätten alle dieselben Probleme: Arbeitslosigkeit, Wucher, Verschuldung. Auch müsse den Eltern vermittelt werden, dass Bildung einen Wert für ihre Kinder darstellt und der Schulbesuch doch etwas bringt. Tatsächlich sind rund ein Drittel der Familien, die in die Sozialberatung kommen, keine Roma. Während in nordböhmischen Kleinstädten Neonazis immer wieder versuchen, die BewohnerInnen aufzustacheln, halten sie sich aus Obrnice fern. Für ihre umsichtige Politik erhielt die Gemeinde kürzlich einen Preis des Europarates.

Dass sich in Europa mit seinem unterschiedlich verteilten Wohlstand immer wieder Menschen aufmachen, um anderswo Arbeit zu suchen, scheint klar. Als vor einigen Monaten die deutsche TV-Talkerin Sandra Maischberger zu einer Diskussion über Armutseinwanderer mit Fokus auf Roma lud, verlagerte sich die Diskussion bald zur allgemeinen Situation in den jüngsten Beitrittsländern. Lucy Diakovska von der Girlgroup "No Angels" erzählte, wie Mitte der 1990er Jahre der "schlimme Umbruch" in Bulgarien begann. Viele ihrer Bekannten seien nach Spanien gegangen, wo sie als Bauarbeiter anfingen. Freunde versuchten, illegal über die Grenze nach Deutschland zu kommen, wurden geschnappt und hatten einen Vermerk in den Pass bekommen, worauf sie jahrelang nicht mehr in das Nachbarland einreisen durften. "Bei mir hat es funktioniert", sagt Diakovska, "weil mich die Schule wollte." Die Sängerin hatte einen musikalischen Ausbildungsplatz erhalten. Diakovska ist keine Roma-Angehörige, das Preis-Lohn-Niveau in ihrem Herkunftsland kennt aber keine Hautfarben. Selbst wenn Arbeitgeber einen in Deutschland illegal um drei Euro Stundenlohn arbeiten lassen, sei das deutlich mehr als in Bulgarien, erzählt Diakovska. "Dort verdient man, wenn man Glück hat, 250 Euro - bei Preisen fast so hoch wie in Deutschland."

GEDULD UND EINE GUTE STRATEGIE

Sie hat als eine der ersten weiblichen Croupiers Österreichs gearbeitet und heuer in Ninja-Kostümen symbolisch FPÖ-Wahlstände attackiert. Die Künstlerin Simonida Selimović über ihre Familie, selbstbewußtes Auftreten und Roma-Klischees.

Interview: Philipp Sonderegger

Fotos: Karin Wasner

Wie gewinnt man beim Poker?

Geduld, viel Geduld und nochmals viel Geduld. Und mit einer guten Strategie und Menschenkenntnis. Es schadet nicht, wenn man sich eingehend mit dem Spiel beschäftigt.

Sie waren eine der ersten weiblichen Croupiers in Österreich?

2005 gab es nur wenige weibliche Croupiers. Damals wurde Poker vom österreichischen Verband als Strategiespiel gepusht. Ich habe in einem Wiener Karten-Casino meine Ausbildung gemacht. Von über 60 Bewerbern sind dann drei Frauen genommen worden. Es ist ein schwerer Beruf. Es schaut schön aus, aber man arbeitet in Nachtschicht, und als ich begonnen habe, gab es noch viele Spieler, die das weniger als Sport betrieben haben.

Wie haben die Spieler auf sie reagiert?

Man muss sich schon beweisen als Frau. Aber nach einer Zeit kriegt man auch den Respekt, wenn man sich durchschlägt und das Handwerk versteht. Ich war dann auch international für Eurosport und DSF tätig und viel unterwegs. Heute gibt es einige weibliche Croupiers. Es fällt aber auf, dass Frauen weniger zugetraut wird, vor allem in den leitenden Positionen wie Casinomanager oder Turniermanager. Da sitzen immer Männer.



Hat man Mitleid, wenn da jemand viel Geld verliert?

Ich finde es wichtig, als Croupier zu wissen, wie es sich anfühlt, wenn man verliert. Die Spieler kommen aus allen gesellschaftlichen Schichten. Und am Anfang hatte ich schon Mitleid. Aber wo es einen Gewinner gibt, gibt es immer auch einen Verlierer, darüber muss man sich im Klaren sein.

Sie haben mit 13 Jahren auch in einem Film mitgespielt.

Ich habe in Nebenrolle ein Roma-Kind in "Dunarea/Donau" gespielt; aber das war wahnsinnig klischeehaft. Da hat sich übrigens auch nicht viel gebessert. Das Bild der Roma ist noch immer überwiegend das von armen, schmutzigen Ungebildeten. Die Stigmatisierung durch Medien führt auch dazu,

dass sich viele serbische Roma gar nicht als Roma bekennen. Viele sprechen die Sprache nicht öffentlich, es wird auch zu Hause nicht mehr gelernt.

Haben Sie als Kind Romanes gesprochen?

Bis zu meinem siebenten Lebensjahr lebte ich in Serbien und habe beide Sprachen gesprochen. Mit meinem Vater Serbisch und mit meiner Mutter Romanes. Vater hat es nicht gelernt, weil mein Großvater das nicht wollte – wegen der Verfolgung. Meine Großmutter hat heimlich ein wenig mit den Kindern gesprochen. Aber so richtig konnte mein Vater es erst dann, als er meine Mutter kennen gelernt hat.

Und in Wien?

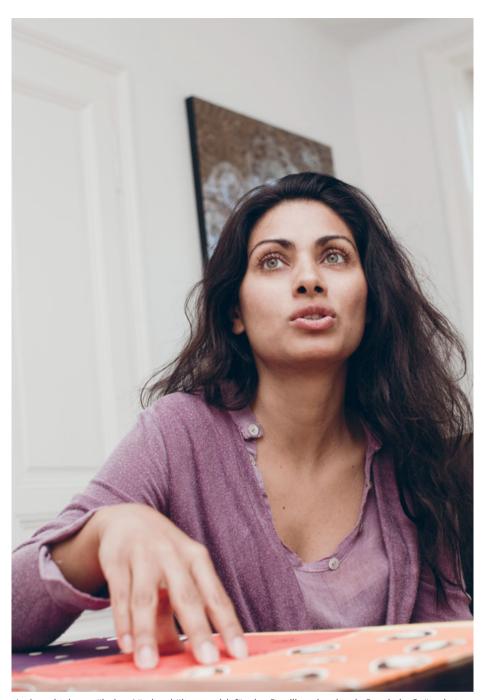
Ich konnte kein Wort Deutsch, hatte aber gute Lehrer. Die haben schnell erkannt, dass ich gut lesen und rechnen kann. Sie haben sich auch eingesetzt, dass wir einen Zugang zu Musik, Literatur und vor allem Theater bekommen. Das war eine Welt, die für mich total verführerisch war. Auch die Eltern haben zum Glück sehr darauf geachtet, dass wir etwas lernen. Oft hörte ich, du musst die Schule machen, sonst wirst du Putzfrau. Zu Hause war immer etwas zu tun, weil die Eltern viel arbeiten mussten. Auch wir Kinder mussten immer mit anpacken. Die Schule war wie Urlaub. Das war mein einziger Spaßfaktor.

Warum ist Bildung Ihrer Familie so wichtig?

Das kommt von meinen Großeltern. Mein Urgroßvater war Tierarzt und Großvater Ingenieur. Aber es ist auch so, dass die Frauen meistens zu Hause gesessen sind. Die haben den Mann unterstützt, damit der einen gescheiten Beruf erlernen kann. Meine Oma war Analphabetin. Das passiert ganz oft. Um die Frau besser zähmen zu können – vor allem wenn sie besonders hübsch ist –, muss die nix können. Der andere Großvater handelte mit Immobilen und war deshalb ziemlich reich. Die Großmutter hat als Schneiderin von zu Hause aus gearbeitet.

Wie war es, Anfang der 90er Jahre als Roma nach Wien zu kommen?

Wir wussten, das Land hat eine faschistische Tradition. Uns wurde gesagt: Sagt's in der Schule bloß nicht, dass ihr "Zigeuner" seid. Da habe ich erkannt, wir sind anders. Eine Zeit lang habe ich mich geschämt. Wenn Kinder sich gegenseitig beschimpft und sich "Zigeuner" geziehen haben, das



"In den mitteleuropäischen Ländern hält man mich für eine Brasilianerin oder ein Spanierin. Später hat man mich auch am Balkan nicht mehr als Romni eingestuft, wegen meines Auftretens."

habe ich nicht verstanden, und es hat mich schon sehr verletzt.

In Serbien waren Sie auch schon "anders"?

Auch da war das schon spürbar. In einer serbischen Kleinstadt wissen die Leute, wer ein Rom ist. Man erkennt das an den Berufen, an den Nachnamen, und viele Roma haben eine dunkle Hautfarbe. Mein Vater nicht, der ist rotblond und hat blaugrüne Augen, den hat man nicht erkannt. Außer ich war dabei, weil ich eher dünkler bin. In den mitteleuropäischen Ländern hält man

mich für eine Brasilianerin oder eine Spanierin. Später hat man mich auch am Balkan nicht mehr als Romni eingestuft, wegen meines Auftretens und weil ich mehrere Sprachen spreche. Und wenn ich dann gesagt habe, ich bin aber Romni, dann waren die schön beeindruckt. So kann man auch als Romni sein?

Sie haben schon sehr jung als Modell gearbeitet?

Von Pago stand eine Pappfigur von mir in allen Billa- und Merkur-Filialen, als ich 13 war. Gegenüber Auftraggebern habe ich da-



Intervention gegen FPÖ-Wahlkampfstände im Ninja-Look. Selimovic bildet mit ihrer Schwester Sandra das "Mindj-Panther-Künstlerinnenprojekt".

mals, mangels Selbstbewusstsein, gesagt, meine Mutter sei Inderin. Meine Eltern konnten mich da auch nicht stützen. Mama und die Tante haben mich heimlich zu den Shootings begleitet. Papa wusste nichts davon, bis er mich am News-Cover gesehen hat. Oh Gott, meine Tochter halbnackt in der Zeitung. Das war nicht leicht für ihn, sein Frauenbild war schon eher konservativ. Mit 14 bin ich allein in die Türkei geflogen, um mit Tony Wegas in seinem Video "Maria Maria" zu knutschen. Meine Eltern haben dann davon erfahren, als sie es im ORF-Wurlitzer gesehen haben.

Wenn Sie Roma kennen lernen, ist dann das Romasein ein Thema?

Man erkennt sich. Man redet miteinander. Oder zumindest wird getuschelt: Ah, du bist auch ein Rom? Was für eine bist du, eine Kalderasch oder eine Gurbet? Man sieht dann auch, wer nicht dazu steht: Nein, ich kann's gar nicht, also bin ich auch keine. Oder: Ja, meine Eltern sind Roma, aber ich nicht. Und was bist du dann? Na, ein Mensch. Gut, es ist jedem selbst überlassen, aber viel trägt man halt nicht dazu bei, dass sich Roma emanzipieren können.

Fühlen Sie sich als Österreicherin?

Klar, Österreich hat mir viel gegeben. Heuer haben wir bei der Wienwoche das Mindj-Panther-Projekt gemacht. Wir sind in Ninja-Kostümen zu FPÖ-Wahlständen gegangen, wo wir mit einem Transparent bekundet haben: Österreich, wir lieben dich, wir verlassen dich nie mehr. Mindj heißt Pussy auf Romanes. Der älteren Roma-Generation ist das ein wenig aufgestoßen, aber die Jungen finden das sehr cool und lustig.

War die Konfrontation mit der FPÖ nicht riskant?

Wir haben die Provokation vorsichtig dosiert. Die FPÖ-Wähler dort haben uns beschimpft, gestoßen, versuchten unser Banner anzuzünden. Die Polizei hat uns dann weggewiesen, von einem Flashmob wollten sie nichts hören.

Sie zeigen sich mit Ihrer Schwester, Ihrer künstlerischen Partnerin, auf einem Poster in kurzen Kleidern. Absicht?

Damit haben wir gespielt, ja. Wir wollten jungen Frauen bei einem Rap-Konzert am

AUCH WIR KINDER MUSSTEN IMMER MIT ANPACKEN. DIE SCHULE WAR WIE URLAUB.

Mexikoplatz signalisieren: Steht auf und macht euer Ding, so selbstbewusst, wie ihr nur könnt. Aber tretet's denen auch in den Hintern, wenn sie euch auf die Nerven gehen. Ich will weiblich sein dürfen und mich für Gleichberechtigung stark machen.

Es ist ok, mit gutem Aussehen Männer einzuwickeln?

Das ist doch die Waffe. (Lacht) Männer wickeln mich auch manchmal mit ihrem Charme ein. Warum nicht auch umgekehrt? Wenn ich damit etwas Gutes bewirke, auf jeden Fall. Das würde ich auch jeder Frau empfehlen. Wir haben unseren Körper, unsere Sprache und unsere Gestik, und damit artikulieren wir, was wir wollen. Jeder Mensch will etwas. Warum soll man nicht

alles einsetzen was man hat, um das zu bekommen, was man will?

Können Sie von der Schauspielerei leben?

Ja. Ich würde aber gern noch eine große Rolle spielen. Wo dann alle sehen, dass ist ein Romni. Warum nicht einmal eine dunkle Julia am Burgtheater? Was mich aber auch total nervt, sind dann die Migrantenstücke, wo ich als die Zigo-Braut reinpassen würde, die zu früh verheiratet und malträtiert wird. Die Theater sind da leider nicht so weit wie das Publikum. Deshalb versuchen meine Schwester Sandra und ich mit den Stücken, die wir mit unserem Verein Romano Svato produzieren, solche Klischees zu brechen.

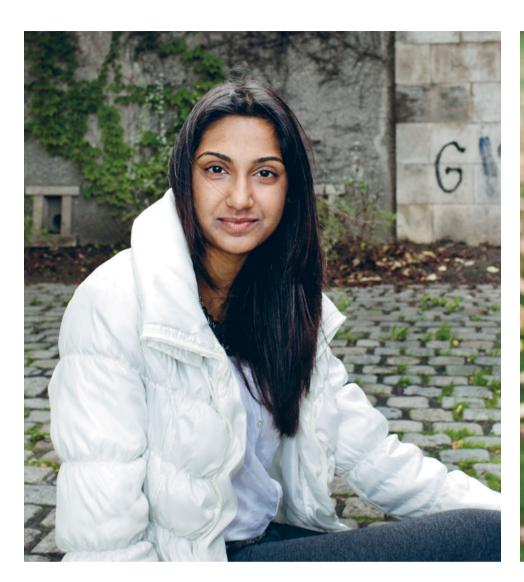
Hat sich das nicht schon gebessert?

Kaum. Die großen Häuser haben nicht einmal offenes Vorsprechen. Und wenn dann einmal jemand genommen wird, heißt es, man hat die Rolle nur gekriegt, weil man einer Minderheit angehört. Bei unseren Produktionen haben wir gemerkt, dass Schauspieler zum Teil nur schwer damit umgehen konnten, dass wir jetzt ihre Vorgesetzten sind. Viele Roma-Vereine werden ja von Gadje – also Nichtroma – geleitet, weil die Roma angeblich erst in die Leitungspositionen hineinwachsen müssen. Das muss sich auch ändern.

Wie gut sind die Roma-Vereine aufgestellt?

In den letzten Jahren hat sich viel getan. Aber es müssen sich noch mehr Roma zu ihrer Identität bekennen und sich engagieren. Leider machen einige Roma-Vereine nur Politik für die autochthonen Roma. Die Zugewanderten bräuchten in der jetzigen Situation eine eigene Vertretung, dann kann man sich zusammenschließen und gemeinsam agieren.

Simonida Selimović ist Schauspielerin und Musikerin in Wien. Sie wurde 1979 in Serbien geboren und kam mit sieben Jahren nach Wien. Bereits als Kind arbeitete Selimović als Schauspielerin und Model. Später konnte sie als eine der ersten weiblichen Croupiers in Österreich international reüssieren. Mit ihrer Schwester, der Schauspielerin Sandra Selimonvić, gründete sie 2011 den Roma-Theater-Verein Romano Svato. Heute konzentriert sie sich wieder auf das Schauspiel. Ihre nächsten Projekte: Rollen in Filmen von Nina Kusturica und Ishani Kent.





STOLZ UND VORURTEIL

Über die Schwierigkeit, Roma zu sein: Eine Schülerin, eine Studentin und ein junger Künstler erzählen von sich – von ihrer Herkunft, ihren Gemeinsamkeiten und dem aufrechten Gang zwischen Klischee und Verleugnung.

Reportage: Stefan Kraft Fotos: Karin Wasner





aška hat eine dunkle Hautfarbe, Robert nicht so sehr, Žaklina einen leichten Teint. Bist du Spanierin, bist du Italienerin, bist du Brasilianerin, haben die Leute Žaklina gefragt. Was hätte sie darauf antworten sollen? Schließlich ist sie Wienerin von Geburt an und keine Spanierin und keine Italienerin. Sie ist auch keine Serbin, nur weil ihr Vater im Alter von sechs Jahren dieses Land verlassen hat. Und sie ist eine Romni, aber das hat sie lange keinem erzählt. Auch Saška hat das nicht getan, erst im September dieses Jahres hat sie sich "geoutet" vor der Klasse, zwei Jahre vor der Matura war es so weit. "Warum ich so dunkel bin, war bis dahin nicht geklärt." Žaklina erging es ähnlich, erst mit 15 erzählte sie ihrer Freundin im Gymnasium davon, dass sie eine Romni ist. Die Freundin hatte Verständnis, die Freundin war Kurdin.

Robert, Jahrgang 1986, wuchs hingegen unter Roma auf. Nicht in seinem Elternhaus, mit dem verbindet ihn nur die Geburt. Viele Kilometer weit weg in einem staatlichen Heim, 80 Prozent der Kinder waren Roma. Heute gibt es Organisationen, die sich darum kümmern, dass die Kinder zu Hause bleiben können, im familiären Umfeld. Damals gingen die Behörden von Dorf zu Dorf und nahmen die Kinder mit. Robert hat den "Befund" gelesen, der ihn ins Heim brachte: "Da stand etwas drin über schlechte Verhältnisse, über eine ungesunde Umgebung."

Farbe bekannt

Seit drei Jahren ist Robert in Wien, er besucht hier die Akademie der bildenden Künste, er kennt die 16-jährige Saška, er kennt die 25-jährige Žaklina, denn alle drei

engagieren sich im Romano Centro, einem der ersten Roma-Vereine Österreichs, gegründet 1991. Hier haben sie zusammengefunden. Aber das war für keinen der drei so selbstverständlich, wie es sich liest. Weder die gemeinsame Sprache, noch eine wie immer geartete gemeinsame Kultur ließ sie zusammentreffen, und auch über ihre Identität als Roma sind sie sich nicht einig. Es scheint, als wäre die Gemeinsamkeit vor allem den anderen zu verdanken, jenen, die sie als Roma einordnen, die sie nach dem Grund für ihre Hautfarbe fragen, die mit ihnen Interviews führen. Und bei allen dreien führte der Druck von außen und das Fragen in ihrem Inneren dazu, Antworten zu finden, wer sie sind oder was sie sind oder ob sie überhaupt so etwas sind wie die Angehörigen einer Volksgruppe, einer Minderheit, einer Kultur.





Žaklina, 25, Studentin; Saška, 16, Schülerin: Junge Romni in Wien. Über die Minderheit, der sie angehören, in der Schule nichts gehört.

Bei Žaklina und bei Saška, die beide in Wien zur Schule gingen, ist dieses Fragen erst spät aufgetreten. Das haben sie ihren Lehrern zu verdanken, die nichts zu sagen hatten über die Nachfahren jener Bevölkerungsgruppe, die zu Hunderttausenden im Dritten Reich ermordet worden war. Žaklina kann sich nicht erinnern, in der Schule etwas über die Roma gehört zu haben, außer in einem kurzen Absatz im Geschichtsbuch. "Da bin ich innerlich rot geworden, weil ich Angst gehabt habe, dass ich erkannt werde." Saška meint: "Über das Volksgruppengesetz haben wir in der Unterstufe gesprochen, das war's." Jetzt, in der 7. Klasse, schreibt Saška eine vorwissenschaftliche Arbeit für die Matura über die Roma, jetzt hat sie Farbe bekannt, jetzt wissen auch ihre Klassenkameraden, dass sie eine Romni ist. "Kein Professor hat sich dafür interessiert, sie haben gemeint, ich muss das Thema ändern. Aber ich bin stur geblieben, ich möchte das unbedingt machen." Und so fand Saška einen Geschichtsprofessor, der schließlich nachgab.

Bei Žaklina dauerte es bis zum Ende ihres Studiums im Fach Bildungswissenschaften, bis sie beschloss, die Roma zu studieren. Ein Seminar über "Armut" gab den Ausschlag, eine Diplomarbeit folgte, nun scheint es, als würde sie das Thema nicht loslassen – als Aktivistin, als Forscherin und als Lehrerin für Roma-Kinder.

Wir waren sichtbar

Žaklina und Saška haben Eltern, die sie mit der eigenen, sagen wir, Roma-Kultur vertraut gemacht haben. Robert hatte nur LehrerInnen, die keine Roma waren, deswegen spricht er auch nicht Romanes oder Romani, eine Sprache, die völlig unterschiedlich gesprochen wird, im Burgenland anders als in der Slowakei, in Ungarn anders als in Serbien, wie mir Žaklina erklärt. Eine Sprache, die so viele Unterschiede aufweist wie die Menschen, die sie sprechen, weil sie von den "Kontaktsprachen" dominiert wird, so wie ihre SprecherInnen von der umgebenden Bevölkerung. Robert hatte Kontakt zu den anderen, denn inmitten des Dorfes, in dem er aufwuchs, war ein Park, und in dem Park war ein Schloss, und in dem Schloss wohnten die Heimkinder. Nicht an den Randzonen der Städte, wie es heute üblich ist, nicht mit einer Mauer drumherum. "Wir waren sichtbar", sagt Robert. "Ich weiß, dass die Einwohner damit am Anfang ein großes Problem hatten." Aber es folgte keine große Auseinandersetzung, die Kinder wurden akzeptiert.

Die, sagen wir, Roma-Kultur brachte sich Robert selbst bei, das Interesse begann in der Mittelschule im angewandten Kunstunterricht, als die Sprache auf verschiedene "Ethnien" kam. Robert begann zu forschen, wollte wissen, "woher ich komme und was ich bin". Hast du das Bedürfnis gehabt, deine Familie kennenzulernen? Ja, hat er, danke der Nachfrage. Das letzte Mal war er vor drei Jahren in seinem Geburtsort Hnúšťa, beim Begräbnis seiner Mutter. "Ich habe es gesehen, und das reicht mir", sagt Robert. Er blieb nur zwei Stunden. "Es ist zwar meine biologische Familie, aber sie haben mich nicht erzogen, und ich fühle nichts ihnen gegenüber." Das Einzige, was er fühle, sagt Robert, sei Mitleid. Und Entsetzen darüber, dass in der Mitte der Europäischen Union derartige Slums existieren, dass Menschen heutzutage so leben können.

Losgelassen hat ihn dieses Erlebnis nicht. Er schoss Fotos an diesem Tag, und diese Fotos übermalte er, er übermalte seine Familie und ihr Elend mit typischen Darstellungen, mit, sagen wir, Klischees von Roma. "Du kannst zwischen Foto und Zeichnung, zwischen dem Illustrativen und dem Dokumentarischen nicht mehr unterscheiden." Und wenn doch? "Du schaust das Bild an und siehst den Unterschied zwischen dem Stereotyp und dem, was wirklich ist." Das hast du sicher gemacht, um die herkömmliche Betrachtungsweise zu brechen, Robert? Nein, sagt er. "Du kannst Klischees thematisieren und auf sie aufmerksam machen, aber das Brechen funktioniert nicht."

Roma-Kultur als Klischee

Saška ist elf Jahre jünger als Robert, Saška hat einen anderen Weg gewählt. "Ich erfülle



Robert, 27, Künstler, Auseinandersetzung mit Stereotypien: Übermalte Bilder seiner Familie mit Darstellungen von Roma-Klischees.

alle positiven Klischees, ich bin sehr musikalisch, ich will die Musik zu meinem Beruf machen", sagt sie. Und ihre Eltern haben ihr gesagt, du bist Romni, du sollst dich nicht dafür schämen. Die Mutter hat in Jugoslawien mit ihrer Ziehharmonika Musikbewerbe gewonnen - "als erste Frau", sagt Saška -, aber davon kann man nicht leben, deswegen zogen sie nach Chicago. Saška war erst zweieinhalb Jahre alt, andere Kinder passten auf sie auf, die Eltern arbeiteten Tag und Nacht. Als der Vater krank wurde in einem Land ohne allgemeine Krankenversicherung, zogen sie nach Wien. Saška sagt, sie benimmt sich wie eine Wienerin oder wie eine Romni, je nach Umfeld. Doch im Gegensatz zu Robert fühlt sie sich unter den Roma zu Hause. Wenn sie auf welche trifft, die auf der Straße musizieren, dann fühlt sie sich sofort hingezogen, "das sind meine Leute" sagt sie. In ihrer großen Arbeit für die Schule geht es um die "positiven Klischees", die haben es ihr angetan, sie bringt sie in Stellung gegen die Vorurteile über das Stehlen und Betteln. Für Robert ist die Roma-Kultur aber selbst ein Klischee. Im Dorf seiner Eltern gibt es diese Kultur nicht, sagt er. Im Kinderheim wurde er als Roma dazu gezwungen, das Geigenspielen zu lernen. Und er hat gelernt, dieses Instrument zu hassen. "Ich bin bildender Künstler, aber ich male auch keine naive Kunst über Roma, die in den Konzentrationslagern ermordet wurden", sagt er.

Žaklinas Großvater war ein berühmter Akkordeonspieler, überall in Europa hat er Konzerte gegeben. Kurz probierte sie, ganz am Anfang der Schullaufbahn, in seine Fußstapfen zu treten. "Dann habe ich aber doch den anderen Weg eingeschlagen." Während Robert bei Roma-Musikfestivals eher beobachtend daneben steht, glaubt Žaklina, dass dabei doch etwas in ihr anklingt. "Ich fühle mich zurückversetzt in meine Kindheit", sagt sie.

Skeptische Lehrer

Diskriminierung haben Saška und Žaklina weniger frontal erfahren als Robert, der vor seiner Zeit in Wien die Akademie in Bratislava besuchte. Dort war er oft physisch konfrontiert mit den Nazis auf der Straße, beim Warten auf den Bus, bei seinem Weg vom Internat zur Kunstschule.

In Wien lernte er hingegen den "positiven Rassismus" kennen. Der Professor auf der Akademie in Wien, bei dem er sich bewarb, wollte ihn zuerst nicht nehmen. Und als er dann seine Bilder sah, meinte er überrascht: "Du bist erstaunlich gut." Erst später verstand Robert, was gemeint war.

Saška kann Ähnliches berichten. Ihre Englischprofessorin, "eine vollblütige Österreicherin", wollte nicht so recht glauben, dass dieses dunkle Mädchen mit dem serbischen Namen so gut Englisch sprechen konnte. Fast wäre es zur Nachprüfung gekommen, doch Saška rief den Stadtschulrat an und beschwerte sich. Seither, so sagt sie, "versucht die Lehrerin mich mit anderen Augen zu sehen".

Aber wie siehst du dich selbst?

Ich bin stolz, eine Romni zu sein, sagt Saška

Ist es wichtig, diesen Stolz zu zeigen, fragt Robert.

Ja, sagt Saška.

Ich kann stolz darauf sein, dass ich ein Diplom auf der Akademie habe oder ein Instrument spielen kann, sagt Robert.

Du zeigst der Mehrheitsgesellschaft ein anderes Bild der Roma, sagt sie.

Darauf bist du stolz? Machst du deine Sachen, damit du ihnen ein anderes Bild zeigst, fragt Robert.

Auch, sagt Saška. Ich will ein besseres Bild zeigen.

Der Autor dankt Andrea Härle vom Romano Centro für ihre Hilfe.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T+43 1 524 99 00, F+43 1 524 99 00-9, redaktion@momagazin.at, www.sosmitmensh.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun), Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Andreas Görg

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Elias Bierdel, JournalistInnengruppe "Dossier", Niko Katsivelaris, Stefan Kraft, Piotr Lansky, Sónia Melo, Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Olivera Staiic

PROJEKTLEITUNG: Andreas Görg **COVERBILD:** Karin Wasner

LEKTORAT: Susanne Drexler, Andreas Görg

GRAFIK: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer **DRUCK:** Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn **ANZEIGEN:** Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T+43 1 524 99 00-16 **ABOS:** Gerlinde Affenzeller, abo@momagazin.at

T+43 1 524 99 00-66

VERTRIEB:

Der Standard, Straßenkolportage **AUFLAGE:** 30.000

AUFLAGE: 30.000 **HERAUSGEBERIN:**

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T+43 1 524 99 00, F+43 1 524 99 00-9, Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG: Medieninhaber (Verleger) und Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak, Gerlinde Affenzeller; Obfrau: Nadja Lorenz Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration ZVR: 22747570

SPENDEN:

PSK 60000, Kto 91.000.590 MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

MEINE FAMILIE WAR GESCHOCKT

Simone Schönett, Schriftstellerin und Angehörige der Jenischen, über die Konstruktion von Minderheiten und warum die ambivalente Frage der Herkunft letztlich doch wichtig ist.

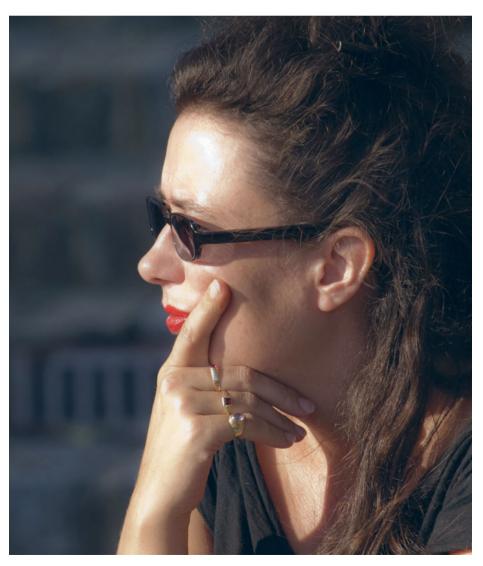
Interview: Niko Katsivelaris Foto: Christian Unterhuber

Sie haben zwei Romane verfasst, in denen Sie die Geschichte der Jenischen verarbeiten – "Im Moos" und "re:mondo" haben je eine junge jenische Frau als Protagonistin, die ihrer Familiengeschichte auf der Spur ist. Inwiefern ist Identitätsfindung in Familien einst verfolgter Minderheiten schwierig?

Beide Figuren, Jana und Sara, gehören der dritten Generation an. Ihre Familiengeschichten sind geprägt vom Zusammenbruch der Lebensweise ihrer Eltern und Großeltern als fahrende Händler. Auf eine bestimmte Weise die eigene Identität zu suchen, wie das die beiden jungen Frauen tun, ist eine Realität von Minderheiten allgemein – wie etwa auch bei den Roma und Sinti. Bei den Jenischen ist das aber noch schwieriger, weil die Versuche, sich an die sesshafte Mehrheitsbevölkerung zu assimilieren, hier noch länger zurück liegen.

Warum?

Im Nationalsozialismus war die Aufgabe der traditionell nomadischen Lebensweise eine Notwendigkeit, um zu überleben. Es gab für Jenische nur zwei Optionen: sesshaft zu werden und jegliche Spuren des fahrenden Lebens zu tilgen oder als "Asoziale" politisch verfolgt zu werden. Das bedeutete: Konzentrationslager, Zwangssterilisierungen, Kindeswegnahmen – das thematisiere ich in meinen Romanen auch am Rande. Das hat sich natürlich auf die Familienstrukturen



ausgewirkt. Wollte man weiterhin Jenisch sein, dann musste man es geheim halten. Das Leugnen der eigenen Identität wurde zu einer Überlebensstrategie

Ihre Romanfigur Jana geht einen anderen Weg. Entscheidend dafür ist, dass sie im Radio ein Gedicht des jenischen Lyrikers Romed Mungenast hört. Welche Rolle spielte Mungenast für die Jenischen?

Mungenast war extrem wichtig für die Kultur der Jenischen. Vor allem, weil er die Sprache in seinen Gedichten verschriftlicht und damit konserviert hat. Für die ältere Generation, die die Verfolgung durch die Nazis erlebt hat, war das natürlich ein Schock. In ihren Augen geht man als Jenischer nicht an die Öffentlichkeit, man gibt seine Identität nicht preis. Die Überlegung dahinter war stets: Wer weiß, welche Zeiten kommen? Mungenast war großen Widerständen ausgesetzt. Aber das ist ja bei Leuten, die was voranbringen, immer so.

Wie war das bei Ihnen, als Sie sich für Ihre Familiengeschichte zu interessieren begannen? In "re:mondo" ist die Rede von "unsichtbaren Brandnarben jener, die dem Feuer entkommen waren."

Vieles von dem, was ich in meinen Büchern verarbeite, ist mir schon sehr vertraut. Ich konnte dieses Verschweigen und Verbergen in meiner Jugend überhaupt nicht verstehen. Vor dem Hintergrund der Geschichte habe ich aber mittlerweile mehr Verständnis dafür. Innerhalb meiner Familie war es aber nicht so schwierig, darüber zu sprechen. Als dann aber mein erster Roman "Im Moos" publiziert wurde, reagierte meine Familie doch geschockt. Die Jenischen wurden damit ja öffentlich zum Thema.

Die Herkunft der Jenischen ist ungeklärt. In Ihrem zweiten Roman "re-mondo" setzen Sie einen Ursprungsmythos und ironisieren diesen. Ist Herkunft wichtig?

Ich beschäftige mich schon lange mit der Geschichte der Jenischen. Irgendwann ging mir die Frage nach der Herkunft furchtbar auf die Nerven: "Und woher kommen denn die Jenischen?" Diese Frage scheint so zentral zu sein, wird aber immer nur Minderheiten gestellt. Die Mehrheits-ÖsterreicherInnen wissen ja auch nicht, woher sie kommen. Wozu auch? Sie werden auch nie danach gefragt.

Beschäftigt Sie die Frage der Herkunft persönlich?

Ja, aber das ist heute nicht mehr rekonstruierbar. Deswegen gibt es auch so viele Theorien darüber. Auch unter den Jenischen selbst kursieren Mythen, dabei ist jeder überzeugt, sein Mythos wäre der richtige. Also habe ich mir gedacht: Warum soll ich nicht einen neuen Herkunftsmythos hinzufügen? Und der muss dann selbstverständlich bis in biblische Zeiten zurückreichen.

Sie engagieren sich für die Anerkennung der Jenischen als Minderheit. Warum gibt es bis heute keine Anerkennung?

Die Geschichte der Verfolgung geht bis in die Zeit Maria Theresias zurück. Kindesabnahmen gab es sogar bis in die 1970er Jahre mit dem Argument, nicht sesshafte Eltern wären "asozial". Das ist wenig überraschend: Nach 1945 waren in den Kran-

ANGST VOR ANDEREN ZEITEN: "ALS JENISCHER GEHT MAN NICHT IN DIE ÖFFENTLICHKEIT.

kenhäusern, Schulen und Heimen großteils die gleichen Verantwortlichen am Werk wie davor. Mir geht es aber vor allem um Sichtbarkeit und nicht um die Musealisierung einer Minderheit, so etwa als UNESCO-Weltkulturerbe. Sonst könnte man uns gleich ausstopfen und ausstellen, wie man es mit den Aborigines gemacht hat.

Gibt es ein positives Beispiel für Anerkennung?

Die Schweiz als einziges europäisches Land, wo die Jenischen als Minderheit anerkannt sind. Das gibt den Leuten etwa die Möglichkeit, wie früher vom fahrenden Gewerbe zu leben. Das tut ein Teil auch. Mit der Anerkennung wurde auch Infrastruktur geschaffen, etwa eigene Wagenplätze.

Wie ist das in Österreich?

In Österreich gibt es junge Jenische, die versuchen, die Tradition des fahrenden Gewerbes wiederzubeleben. Das scheitert dann aber oft an den höchst restriktiven Gewerbevorschriften – man muss sich mit den Gesetzen gut auskennen, um nicht plötzlich illegal zu sein.

NICHT REHABILITIERT

Die Jenischen – im Dritten Reich als "Asoziale" verfolgt, ist die Geschichte dieser Minderheit bis heute kaum aufgearbeitet.

In den Diskussionen zum Thema Rassismus und Antiziganismus kommen die Jenischen kaum vor. Doch ähnlich wie Roma und Sinti wurden auch sie als Volksgruppe lange politisch verfolgt. Im Nationalsozialismus wurden sie zu "Asozialen" erklärt und teils in Konzentrationslager deportiert. Die Gesamtzahl der Jenischen wird auf mehrere Hunderttausend geschätzt, allein in der Schweiz - dem einzigen Land Europas, in dem sie als Minderheit anerkannt sind - leben rund 35.000 Menschen. Viele von ihnen waren in einem fahrenden Gewerbe tätig, diese kleine Abweichung von der Norm brachte ihnen wahrscheinlich den Außenseiter- und Minderheitenstatus. Sie waren im Antiquitäten- und Schrotthandel tätig, im Korbergewerbe, der Reparatur von Herdplatten und Pfannen, der Messer- und Scherenschleiferei. Derart "nomadisch" ausgerichtet, entwickelten sie eine eigene Kultur und als Reaktion auf die Diskriminierung eine eigene Variante des Deutschen - das "Jenische". Während der NS-Zeit ließen sich die meisten Jenischen nieder, um der Verfolgung zu entgehen. Sie lernten, ihre Identität zu verbergen. Es ist dokumentiert, dass Jenische zwangssterilisiert und in KZs ermordet wurden, dass Eltern die Kinder weggenommen und in Heime gesteckt wurden. In der Schweiz mussten die Kinder nicht selten als "Verdingkinder" arbeiten, das Hilfswerk Pro Juventute, das von 1926 bis 1972 in der Schweiz aktiv war, spielte dabei eine entscheidende Rolle. Auch den Versuch, die Kultur der Jenischen auf diese Weise zu beseitigen, teilen sie mit den Roma und Sinti. Aufgearbeitet wurde diese Geschichte in der Schweiz, wo die Jenischen heute eine anerkannte Minderheit sind. In Österreich steht das bislang aus.



ES GEHT DARUM, ZU MOTIVIEREN

Vesna Dimic arbeitet als Schulmediatorin für Kinder von Roma. Manchen Eltern fehlt das Bewusstsein, dass Bildung einen Wert hat, erzählt sie. Dass die Kinder automatisch in Sonderschulen gesteckt werden, sei aber nicht mehr die Praxis.

Interview: Piotr Lansky; Fotos: Karin Wasner



Sie arbeiten seit eineinhalb Jahren als Schulmediatorin für Roma-Kinder. Womit haben Sie da zu tun?

Ich unterstütze Kinder, Eltern und Lehrer. Ich bin so eine Art Vertrauensperson und helfe den Eltern dabei, dass sie einen positiven Zugang zur Schule finden. Ich helfe zum Teil auch während der Schulstunden, indem ich übersetze. Es geht hier um Volksschulen und um eine Sonderschule. Ich informiere die Eltern, viele sprechen Deutsch nicht gut genug, ich bemühe mich aber auch, den Lehrern die Lebenssituation der Eltern näher zu bringen. Wenn ein Kind ohne Stifte in die Schule kommt, ist das für die Lehrer unverständlich. Es bringt natürlich nichts, das Kind dafür zurechtzuweisen, man muss sich die Situation und die Ursachen bei den Eltern ansehen.

Wie werden Sie aktiv?

Zuerst kontaktiert die Schule mich oder das Romano Centro. Es gab einmal ein Problem, dass ein Kind seit zwei Monaten nicht in die Schule kommt. Die Lehrer haben niemand am Telefon erreicht, ich bin dann mehrmals zu der Wohnung gegangen. Die Lehrer würden das ja eher nicht machen, ist auch nicht ihre Aufgabe. Ich hab mir damals gedacht, wir schaffen das, ich habe mit den Eltern geredet. Jetzt kommt das Kind regelmäßig, die Direktorin ist sehr zufrieden. Es geht hier auch viel um Vertrauen. Wenn das Jugendamt in der Wohnung auftaucht, kriegen die Leute gleich einmal Angst. Ich spreche die Sprache der Leute, das hilft viel.

Was war das Problem?

Bei dieser Familie gab es tatsächlich ein Problem. Die Mutter hat mir erzählt, sie war zwei Monate in Bulgarien, und der Mann war im Gefängnis. Dem Jugendamt wollte sie das nicht erzählen. Solche krassen Fälle sind aber selten. Manchmal kommt es vor, dass die Leute mich bitten, dem Jugendamt dies oder das nicht zu sagen. Da fühle ich mich wie in einem Sandwich. Aber es geht darum, eine Lösung für das Kind zu finden. Manchmal erkennen die Eltern auch nicht, dass Bildung einen Wert hat. Sie stellen sich vor, ihr Kind soll auch so etwas arbeiten wie sie.

Bemerken Sie Veränderungen?

Ja, schon. Es gibt seit etwa zehn Jahren auch Magister, da ist eine Generation herangewachsen, die sich von alten Zusammenhängen löst und selbst Bildung sucht. Aber auch bei den Eltern bemerke ich, dass bestimmte Traditionen weniger werden, zum Beispiel dass die Tochter eh keine Bildung braucht, weil sie einmal heiraten wird. In solchen Fällen frage ich dann die Mutter: Bist du zufrieden, dass du jeden Tag zu Hause bist und kochst?

Wie kommt man eigentlich zu so einem Beruf?

Das war Zufall. Danke an meinen Mann, er hat in der Cosmo, das ist eine serbische Zeitung, ein Inserat gefunden: Suchen junge Talente ab sechs Jahren, die singen und tanzen können, für einen Wettbewerb. Das ging vom Romano Centro aus, das ich nicht gekannt habe. Ich wusste gar nicht, dass es einen Verein in Wien gibt, der Roma bei

ihren Problemen hilft, egal ob Arbeit oder Schule. Egal, ich habe also angerufen und weil die Frau an der Leitung kein Serbisch sprach, habe ich scherzhaft gefragt, ob sie nicht jemand suchen, der übersetzen kann. So hat das begonnen.

Wie hat Ihre eigene Kindheit ausgesehen?

Ich komme aus Serbien, aus einer Kleinstadt in der Nähe von Belgrad. Ich bin in einer Straße aufgewachsen, in der nur Roma lebten. In jedem Haus wurde traditionell ein Instrument gespielt. Ich war sehr talentiert und wäre eigentlich gern auf ein Musikgymnasium gegangen, denn in meiner Generation war schon jedes Kind regelmäßig in der Schule, und ich war eine gute Schülerin. Dann wäre ich heute vielleicht Musiklehrerin. Stattdessen wurde ich zur Verkehrstechnikerin ausgebildet. Ich finde, das war ein Fehler von meinem Vater.

Es wird von osteuropäischen Ländern berichtet, dass Roma vor der Wende Arbeit hatten und die Ersten waren, die gekündigt wurden. Wie haben Sie diese Zeit damals erlebt?

Bei uns gab es auch gewisse Vorurteile, aber niemand hat zu mir gesagt, dass wir Bettler sind oder stinken. In unserem Ort gab es eine Sonderschule, die meisten Kinder der Roma kamen dorthin. Ich nicht, darauf bin ich stolz. Aber eine gewisse Distanz gab es schon. Als wir einmal in der Klasse ein Lied gesungen haben, wo es um "Zigeuner" ging, da habe ich mich geniert. Alle haben sich dabei auf mich bezogen.

Haben Sie Romanes gesprochen?

Kaum. Meine Oma spricht das noch, aber die Sprache stirbt aus. Wenn, dann hat man bei uns "Bejasch" gesprochen, das ist wieder ein eigener Dialekt. Erst bei meiner Arbeit jetzt habe ich mit Rumänen zu tun, die Rumänisch und Roman sprechen. Es gibt aber so viele Dialekte, dass ich zum Beispiel mit Roma aus Ungarn großteils nicht sprechen könnte.

Warum sind Sie weggegangen?

Weil Krieg in Jugoslawien war. Wir sind dann nach Österreich gegangen, weil es das östlichste Land ist. Ich dachte, von hier aus ist man in sechs, sieben Stunden zu Hause. Ich bin in Österreich aber sehr zufrieden, auch deswegen, weil ich mich hier nicht





Vesna Dimic kam aus Serbien nach Österreich. Hier findet sie Kinder zwischen Lerneifer und Lernschwäche vor, soweit alles ganz normal.

allein fühle. Kontakt mit anderen Leuten aus Serbien zu haben ist schon schön. Ein Problem ist eher, dass meine Ausbildung hier nicht anerkannt wird, dass ich meinen Beruf nicht ausüben kann. Als ich hergekommen bin, habe ich als Bedienerin gearbeitet, das war für mich ein Horror. Meine Kolleginnen waren zwar nett, aber hatten keine Bildung, das macht einen nicht glücklich.

Welche Probleme haben die Schulen, wenn sie sich an Sie wenden?

Da geht es um Lernschwäche, man sagt dann so leicht, die Kinder sind faul, aber das Problem liegt bei den Eltern. Oder die Kinder erscheinen eben nicht jeden Tag zum Unterricht, aber wie gesagt, solche Fälle sind Gott sei Dank die Ausnahme. Ich werde ja nur in den Fällen aktiv, wo es Probleme gibt.

Was sagen Sie den Eltern?

Ich frage die Kinder, ob sie später putzen wollen oder ob sie nicht lieber eine schöne Wohnung haben, sich Klamotten kaufen und reisen wollen. Es geht darum, die Beteiligten zu motivieren. Zeitweise fehlt den Eltern auch der Zugang, dass ihre Kinder nicht erst um zwei Uhr in der Früh schlafen gehen und am nächsten Tag aufstehen sollen. Oder sie glauben, das Kind hat schon alles, man baut ein Haus und man bereitet dem Kind das Leben vor – wozu braucht es dann noch eine gute Bildung? Das Kind wird schon etwas finden, putzen oder sonst was. Dann denke

ich mir, dass ist typisch altes Roma-Denken, das braucht viel Zeit.

Ich kenne Roma aus Serbien, die waren Polizist oder auch Lehrer.

Es gibt eben auch Unterschiede unter den Roma. Zwischen Kosovo-Roma und Roma in Belgrad gibt es große Unterschiede, da gibt es Schichten, die sind einfach zurückgeblieben. Seit dem Krieg ist es aber viel

ES GIBT SEIT ZEHN JAHREN AKADEMIKER, DA IST EINE NEUE GENERATION HERANGEWACHSEN.

schlimmer geworden, da wird man angefeindet. Vor zehn Jahren hatte ich in Belgrad Angst, Brot kaufen zu gehen. In Österreich hat man sicherlich bessere Chancen.

Wie ist das mit den Lehrern in Österreich? Registrieren Sie Vorurteile gegenüber Roma-Kindern? Dass es heißt, aus dem Kind wird nichts.

Ja, das gibt es manchmal. Lehrer wissen aber auch wenig über Roma. Es gibt vielleicht nicht so viel Vorurteile, aber einen Mangel an Interesse. Natürlich gibt es Kinder, die länger beim Lernen brauchen.

Kommen Roma-Kinder schneller in die Sonderschule?

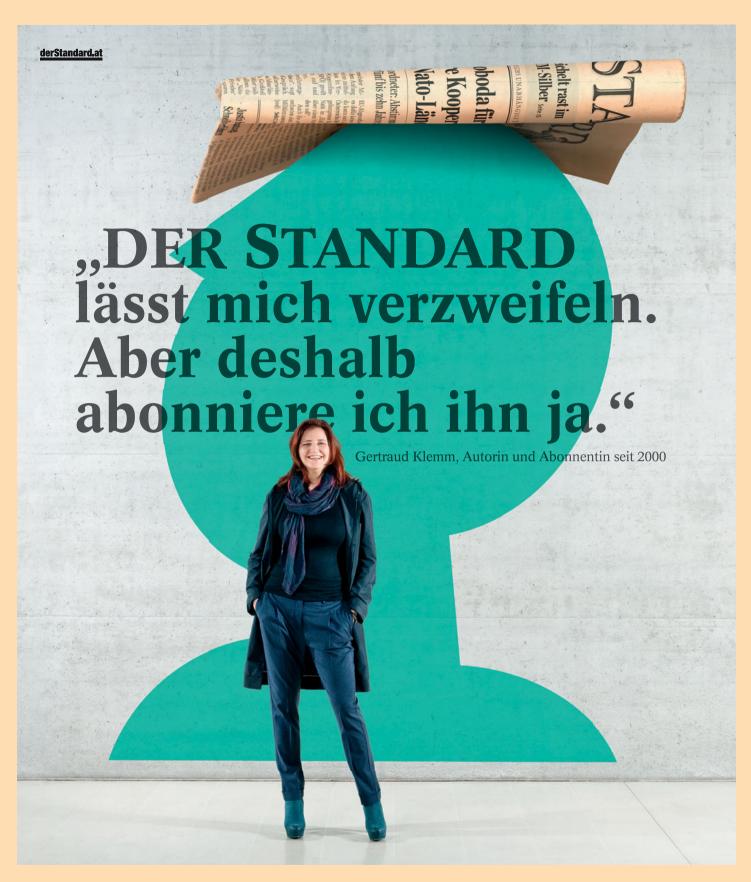
Ja, immer noch. Ich habe ein Kind, bei dem ich schon gefragt habe, warum es in der Sonderschule ist. Es kann gut rechnen und schreiben, da hat mir die Lehrerin erklärt, dass es wegen zu vieler Fehlstunden hier ist. Zugleich macht es mich aber auch stolz, wenn ein Kind der Beste in einem Fach in der Klasse ist. Das gibt es auch. Manchmal wissen die Lehrer aber auch gar nicht, dass ein Kind der Volksgruppe angehört. Es sagt ja nicht jeder und hat auch nicht jeder dünklere Hautfarbe.

Hören Sie eigentlich öfter das Wort "Zigeuner"?

Ja, schon. Auch wenn wir das untereinander verwenden, ist es schon degradierend, wenn einen die anderen so nennen. Ob jemand das Wort Zigeuner oder Rom verwendet, dann meint er auch was Unterschiedliches damit.

Es ist viel von Integration die Rede, was verstehen Sie darunter?

Zuerst geht es da um die Sprache. Wenn man schon länger hier ist, sollte man Deutsch sprechen. Aber sonst? Wenn ich an meine Tochter denke, die eine gute Ausbildung bekommen soll – wird sie dann auch einen Job finden? Oder besteht die Gefahr, dass man am Ende für die anderen immer die Romni bleibt? Da ist es besser, wenn man als Serbin wahrgenommen wird.



Er lässt Meinungen zu. Er lässt Gegenmeinungen zu. Ja, er ist vielleicht die einzige Zeitung, die ihren Leserinnen und Lesern auch mal widerspricht. Wie sich DER STANDARD so etwas erlauben kann? Dank jener Menschen, die ihn aus genau diesem Grund abonnieren.





Überreste tunesischer Flüchtlinge. Das Boot wurde an der Küste Lampedusas angeschwemmt.

FESTUNG EUROPA

Lampedusa – nichts gelernt?

Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass Europa die Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migration einzudämmen. Das schrieb Giusi Nicolini, die Bürgermeisterin von Lampedusa, schon 2012 an Brüssel. Ein Kurswechsel bleibt weiter aus.

TEXT: ELIAS BIERDEL

ls am frühen Morgen des 3. Oktober vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ein Flüchtlingsboot mit rund 550 Menschen an Bord zunächst in Brand geriet und anschließend kenterte, da sanken mit ihm auch die Ideale des "Kontinents der Menschenrechte" in ihr nasses Grab. Europa, das sich - nach dem Schrecken zweier Weltkriege - einst auch darauf gründete, jedem Individuum unveräußerliche Rechte zu gewähren, den Anspruch auf Schutz und Würde weltweit anzuerkennen, hat dieses Versprechen an seinen Außengrenzen längst verraten.

Es geht nicht "nur" um den tragischen Tod von Flüchtlingen und MigrantInnen vor den Mauern der Festung Europa, sondern auch um die Resultate einer Politik, die systematisch auf Abschottung und Abschreckung setzt. Tausende Opfer werden in Kauf genommen, um über die Toten und Verschwundenen ein Signal an jene auszusenden, die da noch kommen könnten: "Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen", schrieb Giusi Nicolini, die Bürgermeisterin von Lampedusa, im vergangenen Jahr in einem offenen Brief an die Europäische Union. Schon damals gab es nicht mehr genug Platz auf ihrer Insel, um die vielen Ertrunkenen zu bestatten.

Im Oktober 2013 wurde die Welt dann Zeuge, wie die italienische Marine hunderte Särge mit Kriegsschiffen aufs Festland transporge mit Kriegsschiffen aufs Festland transportierte. Vor internationalen Kameras und in Begleitung hoher EU-Funktionäre hatte Pre-Begleitung hoher EU-Funktionäre hatte Premier Enrico Letta bei seinem Besuch auf der süditalienischen Insel ein Staatsbegräbnis für die 387 Opfer angekündigt, die vorwiegend aus Eritrea und Syrien stammten. Die Realität sah dann anders aus: In aller Eile.



Flüchtlingsboot afrikanischer Flüchtlinge auf Lampedusa. Boote wie diese werden von der italienischen Küstenwache auf dem Müll entsorgt.

ohne jede Zeremonie, wurden die namenlosen Särge am Rande der südsizilianischen Stadt Agrigento bestattet. Kinder, Ehepaare, schwangere Frauen, junge Männer, die auf eine bessere Zukunft in Europa gehofft hatten, sie liegen nun alle auf dem Friedhof der Namenlosen in Piano Gatta.

Rom delegiert an Tripolis

Weit mehr als der Umgang mit den Toten sorgte das Verhalten der Behörden am Tag des Unglücks selbst für Empörung, als die Details durch italienische Presseberichte bekannt wurden. Fischer, die als Erste an dem sinkenden Schiff waren, hatten den Reportern unter Tränen geschildert, wie sie vergeblich über Funk nach der Küstenwache gerufen hatten, während vor ihren Augen hunderte Menschen um ihr Leben kämpften. Als dann ein Fischerboot mit 47 Geretteten an Bord in den Hafen einlief, wurde der Kutter von der Hafenmeisterei davon abgehalten, zur Unglücksstelle zurückzukehren. "Wir koordinieren ab jetzt die Rettungsmaßnahmen", hieß es lapidar.

Für Fachleute in Sachen EU-Grenzregime stellen solche Umstände aber schon lange keine Überraschung mehr dar. Seit Jahren dokumentieren NGOs, wie Hilfe verweigert wird – und potenzielle Helfer davon abgehalten werden, Menschenleben zu retten. Bei Zuwiderhandlung drohen Anklagen nach dem gefürchteten Bossi-Fini-Gesetz, das irreguläre Einwanderung unter Strafe stellt – und damit auch die Rettung Schiffbrüchiger als "Beihilfe zur illegalen Einreise" kriminalisiert.

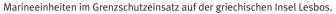
Acht Tage nach Lampedusa beschoss ein libysches Patrouillenschiff ein Flüchtlingsboot: 200 Menschen ertranken

Unter dem Eindruck immer neuer Flüchtlingstragödien vor Lampedusa wächst in Italien immerhin der öffentliche Druck für eine Entschärfung des strengen Einwanderungsgesetzes. Die römische Tageszeitung "La Repubblica" startete eine Unterschriftensammlung, um das Einwanderungsgesetz so zu ändern, dass illegale Einreise nach Italien künftig nicht mehr als Straftat geahndet wird. Über 100.000 Unterschriften wurden binnen weniger Tage gesammelt, darunter jene von prominenten PolitikerInnen, In-

tellektuellen und KünstlerInnen. Unterstützung kam auch von der aus dem Kongo stammenden italienischen Integrationsministerin Cecile Kyenge.

Allerdings verfolgt die italienische Regierung wohl eine ganz andere Strategie, um mit den Phänomenen von Migration im Mittelmeer umzugehen. Rom setzt - wie seinerzeit schon Berlusconi und Muammar Gaddhafi - darauf, die Abwehr unerwünschter Zuwanderung an Libyen zu delegieren: Am 7. Oktober, nur vier Tage nach dem Horror von Lampedusa, schlossen die italienische und die libysche Grenzpolizei ein geheimes Abkommen, in dem beide Seiten "ab sofort" gemeinsame Patrouillen der libyschen Grenztruppen unter Aufsicht italienischer Beamte vereinbarten. Bereits am 11. Oktober wurde nach Angaben von Überlebenden ein Flüchtlingsboot auf dem Weg nach Malta von einem Patrouillenschiff der libyschen Grenztruppen beschossen. Zwei Menschen waren sofort tot, weitere 200 ertranken, als das Boot durch den Beschuss sank.

Auch an Land tut Libyen wunschgemäß bereits wieder alles, um Flüchtlinge und MigrantInnen von Europa fernzuhalten. Tausende AfrikanerInnen werden in überfüllten





Schlaubootwrack am Strand von Lesbos.

Lagern unter unwürdigen Bedingungen festgehalten. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) berichtete am 12. November von "unhaltbaren Zuständen" für Menschen aus Mali, Niger, Eritrea und Somalia, die im berüchtigten Wüstenlager von Al-Hamra im Westen des Landes festsitzen. Die hygienischen Bedingungen hätten bereits zum Ausbruch von Krätze und anderen Infektionskrankheiten geführt. Was die dort Festgehaltenen sonst noch zu erdulden haben, dazu enthält der IKRK-Report keine Informationen. Kein Wort von Folter, Vergewaltigungen, willkürlicher Gewalt, wie sie regelmäßig von aus dem Lager Entkommenen berichtet werden. Europa weiß ja längst, welche humanitären Folgen diese Art der Vorfeldverteidigung gegen den vermeintlichen "Flüchtlingsansturm" im Süden hat. Erst im September hatten Vertreter des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) den Höllenort Al-Hamra besucht und sich "äußerst besorgt" über die Lage von rund 1.000 Internierten – darunter viele Minderjährige - gezeigt.

Eurosur und Frontex

UN-Flüchtlingshochkommissar Antonio Guterres bemüht sich seit Jahren, der Propaganda von den "Flüchtlingsmassen, die nach Europa strömen" entgegenzutreten: "Diese Wahrnehmung trügt", sagte Guterres Anfang November in einem Interview der deutschen Tageszeitung "Die Welt". "In diesem Jahr suchen weniger Menschen Asyl in ganz Europa als zu Beginn der 90er Jahre allein in Deutschland. Man muss auch beachten, dass von den schätzungsweise 15 Millionen Flüchtlingen weltweit 80 Prozent in Entwicklungsländern Schutz suchen. Europa hat die Kapazität, mehr zu tun."

Die Kapazität hätte der Kontinent durchaus,

aber den politischen Willen hat die Mehrzahl der 28 Regierungen in den EU-Mitgliedsländern ganz eindeutig nicht. Deshalb blieb es am jüngsten EU-Gipfel auch bei der schlichten Feststellung, dass "der Grenzschutz verbessert" werden solle. Keine Rede davon, etwa die Flüchtlinge, die an den gemeinsamen Außengrenzen ankommen, nach Quoten auf die EU-Staaten zu verteilen, wie das vor allem Malta und Griechenland, aber auch Italien und Spanien vehement fordern. Dazu aber müssten die Drittstaatenregelung und der Dublin-Mechanismus außer Kraft

"Dublin II bleibt unverändert, selbstverständlich."

Deutschlands Innenminister Hans-Peter Friedrich.

gesetzt werden, der vorschreibt, dass Flüchtlinge nur in dem Land Asyl beantragen dürfen, in dem sie zuerst den Boden der Europäischen Union betreten haben. "Dublin II bleibt unverändert, selbstverständlich", ließ der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich seine Kollegen wissen – und damit war das Thema vom Tisch.

Statt der dringend gebotenen innereuropäischen Solidarität setzen die Regierungschefs vielmehr weiter auf die technisch-militärische Aufrüstung der Grenzen. Das System Eurosur zielt auf einen verbesserten Datenaustausch zwischen den Grenzbehörden der Mitgliedsstaaten und Frontex ab und soll ein elektronisches Überwachungsnetz zunächst für das Mittelmeer schaffen. Dazu werden Drohnen, Satelliten und Radargeräte eingesetzt. Bei der Abstimmung im EU-Parlament versuchten die Grünen, wenigstens einen Passus einzufügen, der das 244 Millionen Euro teure Programm ausdrücklich

dazu verpflichten sollte, "das Leben von Migranten und Flüchtlingen zu schützen (...) und gleichzeitig wirksamen Zugang zu internationalem Schutz zu gewährleisten." Doch so weit wollten auch die EU-ParlamentarierInnen nicht gehen: Die Mehrheit von Konservativen und Sozialdemokraten verabschiedete die Verordnung ohne grüne Rettungsklausel.

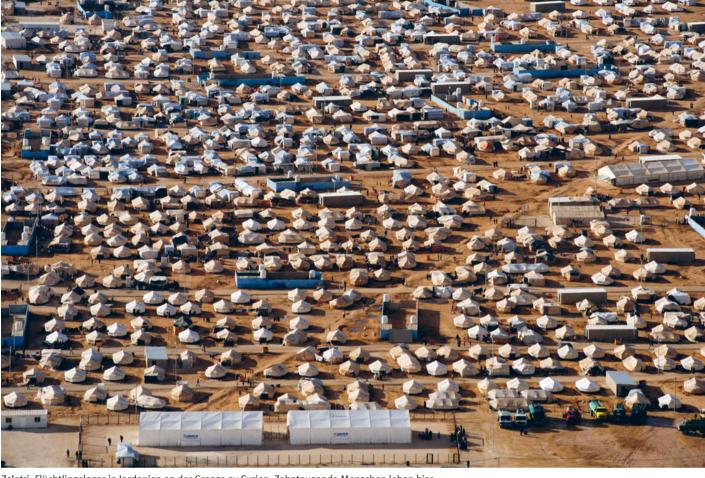
Flüchtlingsschutz in Gefahr

Es bleibt bei der repressiven Logik einer EU-Flüchtlingspolitik, die MigrantInnen in die Arme der Schlepper treibt und zwingt, bei der illegalen Einreise immer höhere Risiken einzugehen. "Wir haben zwar durchgesetzt, dass die Mitgliedsstaaten die EU-Grenzschutzagentur Frontex künftig darüber informieren müssen, wenn Flüchtlinge in Seenot geraten. Aber unsere Forderung, dass sie auch mehr zur Lebensrettung von Bootsflüchtlingen unternehmen, wurde abgeschmettert", kommentiert Ulrike Lunacek, Vizepräsidentin und außenpolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament, die Abstimmungsniederlage. Anstelle der in die Kritik geratenen Push-

Yida-Siedlung im Südsudan: 70.000 Flüchtlinge, 85 Prozent davon sind Frauen und Kinder der Nuba Berge in Süd Kordofan, die vor Bombardements flohen.



Fotos: www.borderline-europe.de (oben), UN Photo/Martine Perret (unten)



Za'atri, Flüchtlingslager in Jordanien an der Grenze zu Syrien. Zehntausende Menschen leben hier.

backs setze die EU jetzt zunehmend auf sogenannte Pullbacks. Das heißt, Drittstaaten übernehmen anstelle von Frontex das Abfangen von Flüchtlingsbooten. Damit wird de facto die Kontrolle der EU-Außengrenzen an Drittstaaten ausgelagert, deren Menschenrechtsstandards - vorsichtig formuliert – zu wünschen übrig lassen: Im Falle des langjährigen und nun erneuten "Verbündeten" Libyen handelt es sich um eines jener Länder, die nicht einmal der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten sind, in der 1951 Minimalanforderungen für den Umgang mit Flüchtlingen formuliert wurden. Die Genfer Flüchtlingskonvention war zunächst darauf beschränkt, hauptsächlich europäische Flüchtlinge direkt nach dem Zweiten Weltkrieg zu schützen. Um den geänderten Bedingungen für Flüchtlinge weltweit gerecht zu werden, wurde der Wirkungsbereich der Konvention mit dem Protokoll von 1967 sowohl zeitlich als auch geografisch erweitert. Eine Anpassung an aktuelle Gegebenheiten – etwa durch die überfällige Aufnahme von Folgen des Klimawandels als international anerkannten Fluchtgrund - ist jedoch nicht in Sicht. "Wenn wir dieses Paket jetzt aufschnüren würden, bekommen wir es nie wieder zu", heißt es dazu in Diplomatenkreisen. "Dann droht der internationale Flüchtlingsschutz insgesamt zusammenzubrechen."

Die einzig realistische Hoffnung, etwas zu verbessern, ruht auf der Zivilgesellschaft.

So ruht die einzige realistische Hoffnung darauf, dass sich am Elend rings um die Festung Europa kurzfristig etwas zum Besseren wenden könnte, wohl wieder einmal auf der vielbeschworenen Zivilgesellschaft. Nur wenn sich massenhaft die Stimmen engagierter EuropäerInnen erheben, die legale Zugangswege für Schutzsuchende und MigrantInnen fordern, kann das Sterben an unseren Grenzen zumindest eingedämmt werden. Dazu bräuchten wir aber auch eine ehrliche Debatte darüber, inwieweit aufgrund unseres fragwürdigen westlichen Lebensstils andernorts Menschen die Lebensgrundlagen

geraubt werden, sei es durch unfaire Handelsverträge, Überfischung, Umweltschäden oder die berühmten EU-Agrarsubventionen, die in Afrika Märkte zerstören.

Langfristig geht es dabei freilich auch um unser eigenes Überleben. Doch wer Tausende ertrinken lässt, ohne von ihnen auch nur Notiz zu nehmen, hat das ganz offensichtlich noch nicht begriffen.

Zur Person:

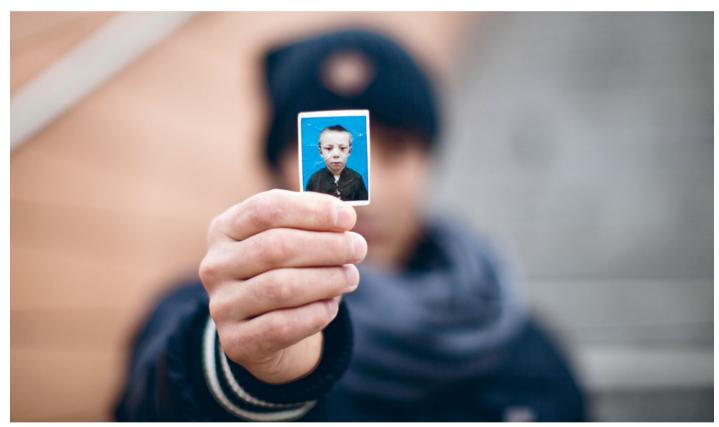
Elias Bierdel ist deutscher Journalist und Mitarbeiter des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung an der Burg Schlaining. 2007 gründete er die NGO Borderline-Europe - Menschenrechte ohne Grenzen (www.borderline-europe.de). Im Jahr 2004 hatte er als Leiter der Hilfsorganisation Cap Anamur/Deutsche Not-Ärzte 37 afrikanische Flüchtlinge vor der Küste Siziliens vor dem Ertrinken gerettet, was ihm eine Aklage wegen "Beihilfe zur illegalen Einreise" einbrachte. 2009 wurde er mit der Begründung freigesprochen, Hilfe sei nicht strafbar. Im gleichen Jahr erhielt Bierdel von SOS Mitmensch den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage.

FAMILIENNACHZUG

Getrennte Brüder

Der mittlerweile 21-jährige Ali B. hat legalen Aufenthalt in Österreich. Obwohl Waise, kann er seinen zwölfjährigen Bruder nicht zu sich holen. Was bedeutet Kernfamilie im Asylrecht?

TEXT: EVA BACHINGER, FOTOS: KARIN WASNER



Kein Familiennachzug: Alis kleiner Bruder ist Waise, darf aber nicht zu seinem nächsten Verwandten nach Österreich kommen.

ine Fluchtgeschichte von Tausenden: Ali B. hat als Kind seine Heimat verlassen. Seine Mutter, eine Witwe, flüchtete 2004 mit dem zwölfjährigen Buben und den jüngeren Brüdern Niamat und Jazdan aus Ghazni in Afghanistan nach Pakistan. In der Grenzregion, wo sich heute etwa eineinhalb Millionen Flüchtlinge sammeln, hielt es Ali nicht lange. Als Teenager zog er weiter in den Iran, wo er auf Baustellen arbeitete. Mit 16 flüchtete er, zumeist versteckt in Lkws, nach Österreich, 2008 erhielt er hier subsidiären Schutz. Das heißt,

es werden zwar keine Fluchtgründe nach der Genfer Konvention zugesprochen, so lange die Lage im Herkunftsland zu unsicher ist, wird er aber auch nicht abgeschoben. Ali B. absolvierte die Hauptschule, lernt unermüdlich Deutsch und macht nun eine Installateurlehre. Die Wiener Hauptbibliothek gefällt ihm, hier tut sich eine neue Welt der Bücher für ihn auf. Ali spricht Farsi, lesen und schreiben hat er aber nie gelernt, weil ein Schulbesuch "zu viel Geld kostete". In den vergangenen Jahren hielt er telefo-

nischen Kontakt zu Mutter und Brüdern.

Gesehen hat er sie seit neun Jahren nicht mehr. Vor vier Monaten erfuhr Ali über Umwege, dass sein Bruder Niamat im Iran untergetaucht sei. Daraufhin ließ die Mutter ihren jüngsten Sohn Jazdan bei einer Familie in Pakistan und machte sich auf die Suche. Unter nicht geklärten Umständen starb sie im Iran. Wo sie begraben ist und wo Niamat verblieben ist, weiß Ali nicht. Diese Ungewissheit quält ihn. "Flüchtlinge leben in großer Sorge um das Leben ihrer Angehörigen, da sie sich meist in Krisengebieten aufhalten. Oft fokussieren sie ihre gesamte Aufmerk-

samkeit auf die Sorge um ihre Familie und die Frage, wie sie dieser helfen können", so Claire Schocher-Döring, Leiterin des Suchdienstes beim Roten Kreuz.

Ali, mittlerweile 21, würde gern seinen kleinen Bruder Jazdan zu sich holen. Als Lehrling verdient er monatlich 720 Euro, davon zahlt er 350 Euro Miete. Nun schickt er jedes Monat 150 Euro den Unterkunftgebern, aber auch Jazdan sieht keine Schule von innen. Obwohl er erst zwölf und Vollwaise ist, gibt es für ihn keinen legalen Weg nach Österreich, außer selbst zu flüchten. Familiennachzug beschränkt sich auf Eltern, Ehegatten und Kinder. Auch wenn beide Eltern verstorben sind, schließt das Asylrecht eine Zusammenführung minderjähriger Geschwister aus. Die EU regelt den Nachzug in einer Richtlinie aus dem Jahr 2003. Wer zur Kernfamilie zählt, obliegt aber den Mitgliedsstaaten.

In der Diktion des Innenministeriums ist Ali B. ein "Ankerkind". Zu Jahresbeginn 2012 geisterte dieser Begriff durch die Medien: Kinder würden vorausgeschickt, um Eltern nachzuholen, vermeldete die Innenministerin. Falls es sich so zuträgt, ist es nichts Neues: Auch im Nazi-Regime haben Eltern ihre Kinder allein in den Zug gesetzt -mit der Hoffnung nachzufolgen. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat sieht die Realität vielschichtiger: Familien werden auf der Flucht oft getrennt, ein Jugendlicher trifft Entscheidungen oft allein. Oft ist unklar, wo die Eltern sind, oder Kinder sind verwaist. In Afghanistan und Pakistan werden Söhne fortgeschickt, um eine Rekrutierung durch die Taliban zu vermeiden. Die Kosten für Schlepper sind hoch, sodass das Geld nur für einen reicht – meistens für den ältesten Sohn. Der Großteil der minderjährigen Flüchtlinge in Österreich stammt aus Afghanistan, Pakistan und Somalia. Die meisten von ihnen erhalten kein Asyl, sondern subsidiären Schutz. Mit diesem Status darf der Teenager nach einem Jahr Antrag auf Nachzug stellen. Durch die Wartezeit kann es passieren, dass er volljährig wird und die Zusammenführung nicht mehr möglich ist. Österreich sei aber im Vergleich zu Deutschland großzügiger bezüglich des Familiennachzugs von Kindern, betont Heinz Fassmann, Vorsitzender des Integrationsbeirats im Innenressort. Hierzulande gelten Flüchtlinge bis 18 als Kinder, in Deutschland bis 16 Jahre.

Selbst wenn Familien nachkommen, entspannt sich die Lage erst allmählich, geben ExpertInnen zu bedenken. Die Jugendlichen müssen sich plötzlich nicht mehr "nur" um ihr eigenes Leben, sondern auch um das ihrer



Das EU-Parlament tritt für einen erweiterten Familienbegriff ein. Für die beiden Brüder dürfte das zu spät kommen.

Angehörigen kümmern. "Sie haben nicht nur die Funktion eines Dolmetschers, sondern werden oft auch zu Entscheidungsträgern und Kulturvermittlern; es kommt zu einer Rollenumkehr, die für die meisten Jugendlichen außerordentlich belastend ist. Es ist öfter so, dass die Familie auch unausgesprochene Erwartungen hat, die der Jugendliche unmöglich erfüllen kann, zum Beispiel Familienerhalter zu sein", schildern Daniela Albl und Veronika Krainz vom Verein "Lobby16", der minderjährige Flüchtlinge unterstützt. In der Zuwanderungsstatistik macht der Fa-

Familiennachzug macht nur einen geringen Anteil am gesamten Zuzug aus.

miliennachzug von AsylwerberInnen einen kleinen Teil aus. Im Vorjahr haben 966 Angehörige einen Antrag gestellt. Das Verfahren dauert etwa sechs Monate und verursacht Kosten für Dokumente, Reisen und DNA-Tests. Der Löwenanteil der Zuwanderung geht auf das Konto von Erwerbstätigen, Studenten aus dem EWR-Raum, vor allem aus Deutschland. Es gibt auch in geringerem Ausmaß qualifizierte Immigration über die Rot-Weiß-Rot-Karte. Für nicht qualifizierte Immigranten aus dem Nicht-EWR-Raum bleibt nur das Asylverfahren. "Lobby16" fordert deshalb eine humanitäre Quote für Flüchtlinge. "Hier könnte Österreich mit gutem Beispiel vorangehen. Das würde jener Situation Rechnung tragen, dass

Menschen etwa berechtigte wirtschaftliche Gründe haben, ihre Heimat zu verlassen", so Albl. Die Quote würde den Asylbereich im gesamten EU-Raum entlasten. Auch Heinz Fassmann, Intergrationsexperte des BMI, sieht einen Mangel an legalen Möglichkeiten für Zuwanderung und für Kriegsflüchtlinge. Er spricht sich aber für den sogenannten "Status des vorläufigen Schutzes" aus: "Das schützt Personen, deren Ursprungsland von Naturkatastrophen oder bewaffneten Konflikten heimgesucht wird, und schickt diese nicht in ein individualisiertes Asylverfahren, das einen hohen Aufwand und unsicheren Ausgang bringt." Wichtig sei jedenfalls, Asyl und Zuwanderung klar zu trennen.

Eine Verbesserung der Lage scheint dennoch in Sicht. Das EU-Recht könnte für Drittstaatenangehörige künftig einen erweiterten Familienbegriff definieren. Flüchtlinge wie Ali B. haben davon freilich nichts mehr. Das EU-Parlament appellierte aber im September an die Kommission und die Mitgliedsstaaten, NGOs stärker einzubinden und Jugendliche anders zu behandeln - "als Kinder und nicht wie Verbrecher, die Einwanderungsgesetze übertreten haben". Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, den sozialen und rechtlichen Schutz für Jugendliche zu verbessern ungeachtet ihres legalen Status. Der Bericht erinnert explizit daran, dass "keinem Kind der Zutritt auf EU-Territorium verweigert und kein Minderjähriger interniert werden soll." Doch wie so oft ist der Ball nun bei den EU-Staaten. Bisher zeigt sich in der Asylpolitik aber wenig europäisches Denken, nationale Interessen haben die Oberhand.



INTERSEXUALIITÄT

Das dritte Geschlecht

Bub oder Mädchen?, heißt es nach der Geburt. Im Fall von intersexuellen Menschen lässt sich das aber so nicht beantworten. Die Medizin nimmt an Kindern operativ Geschlechtszuordnungen vor und sieht sich dafür mit dem Vorwurf der Menschenrechtsverletzung konfrontiert.

TEXT: CLARA AKINYOSOYE FOTOS: KARIN WASNER

ltern werden darauf vorbereitet, was passiert, wenn ihr Kind Trisomie 21 hat, aber nicht darauf, dass ihr Kind völlig gesund ist, jedoch nicht in das Frau-Mann-Schema passt", kritisiert Gabriele Rothuber, die erste Intersex-Beauftragte Österreichs. Das liegt wohl daran, dass Intersexualität nicht nur ein Tabuthema ist, sondern auch nur eine recht kleine Minderheit betrifft. Eine Kombination, die dazu führt, dass das Thema selten offen angesprochen wird. Der Deutsche Ethikrat hat im vergangenen Jahr versucht, Empfehlungen im Umgang mit intersexuellen Menschen auszusprechen. In Österreich hat sich die Bioethik-Kommission. die für ethische Fragen in der Medizin zuständig ist, des Themas bislang nicht angenommen. Dort heißt es knapp: "Es war noch kein Thema und wird in nächster Zeit auch kein Thema sein. Denn auch auf internationaler Ebene wird Intersexualität nicht dringlich behandelt." Ein Paradebeispiel für die Behandlung des Themas in Österreich.

Intersexuelle Menschen stehen zwischen den Geschlechtern. Sie sind genetisch, hormonell oder anatomisch nicht eindeutig dem weiblichen oder männlichen Geschlecht zuzuordnen. Schätzungen zufolge werden in Österreich jährlich etwa 20 bis 25 solche Kinder geboren. Die Dunkelziffer soll höher liegen. Auch deshalb, weil einige Betroffene erst später merken, was mit ihnen los ist. Manche erfahren überhaupt

nie von ihrer Intersexualität, weil ihre Genitalien unauffällig herausgebildet sind. Mitunter bemühen sich Eltern auch, die physische Besonderheit ihrer Kinder zu verbergen. Die Medizin versucht zu helfen, indem sie "Entscheidungshilfe" leistet: Ärzte, die von überforderten Eltern aufgesucht werden, schlagen Genitaloperationen und Hormonbehandlungen vor. Mit diesen "Heilbehandlungen" sollen spätere Krankheit und Identitätsprobleme abgewendet werden. Zum Leidwesen vieler Betroffener. Sie führen ins Feld, dass es gerade die Genital-OPs seien, die spätestens im

Die frühe Entscheidung samt Geschlechts-OP bringt später häufig psychische Probleme.

Erwachsenenalter zu psychischen Problemen führen. Tatsächlich kann nie mit Sicherheit bestimmt werden, ob Betroffene sich in dem ihnen zugeteilten Geschlecht später wohl fühlen werden. Der deutsche Verein "Intersexuelle Menschen e. V." sieht in dieser medizinischen Praxis deshalb einen "erheblichen Verstoß gegen die Menschenrechte auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde".

Zum Mädchen operiert

Das sieht auch Alex Jürgen so. Als Jürgen 1976 zur Welt kommt, merken die MedizinerInnen, dass das Kind nicht eindeutig einem Geschlecht zuordenbar ist. Sein Penis ist ungewöhnlich klein, seine Hoden befinden sich im Bauchraum. Den Eltern sagen die Ärzte, dass Jürgen nie ein erfülltes Sexleben haben wird, dass ihm Brüste mit Haaren wachsen werden und er ein hohes Risiko hat, an Hodenkrebs zu erkranken. Der folgenschwere Rat: Sie sollen Jürgen als Mädchen aufziehen. Ab dem zweiten Lebensjahr wird Jürgen Alexandra genannt. "Mit sechs haben sie mir den Penis amputiert, und mit zehn waren die Hoden weg", erzählt Alex Jürgen. Lange wird Alexandra ihre Intersexualität verschweigen, wird mehrfach operiert, bekommt weibliche Hormone. Mit 16 wird eine künstliche Vagina eingepflanzt. Eine Nebenwirkung der Operation: Alexandra wird inkontinent. Der Teenager leidet, wird drogenabhängig,



bekommt Depressionen und unternimmt einen Selbstmordversuch. Als wäre das nicht schon genug, erkrankt Alex später an Leukämie, fällt ins Koma – aber überlebt. Mit 26 entscheidet Alexandra sich dazu, nicht mehr als Frau leben zu wollen und lässt sich die Brüste amputieren. Alexandra heißt ab jetzt Alex Jürgen und setzt sich für die Rechte und Anliegen von zwischengeschlechtlichen Menschen ein.

Nach der Geburt: Bub oder Mädchen?

Ein besonders schwerer Fall, aber einer von mehreren. Doch es habe sich im Lauf der letzten Jahrzehnte in der medizinischen Praxis einiges zum Positiven verändert, sagt Stefan Riedl, Endokrinologe an der Ambulanz für Sexualentwicklungsstörungen am Wiener AKH. Es haben sich spezielle medizinische Zentren in Wien, Linz oder Innsbruck herausgebildet, die als Anlaufstelle für Intersex-Betroffene dienen. Dort analysiert und berät ein interdisziplinäres Ärzt-Innenteam jeden Fall für sich. Wo früher sofort ein Geschlecht zugeordnet und operiert wurde, wird jetzt viel öfter zugewartet. Die Kinder sollen mitentscheiden können, sagt Riedl. Zumindest für das zuständige Zentrum am AKH könne Riedl das versichern. Er gilt als Mediziner der "neue Schule", der nicht sofort Operationen in die Wege leitet. Dort wartet man nun "möglichst", bis das Kind 14 Jahre alt ist und sich selbst einbringen könne, sagt Riedl. Vielfach seien es aber die Eltern selbst, die eine rasche Zuordnung und Operation wünschen, so die Erfahrung des Mediziners. "Die erste Frage, die Eltern gestellt wird, ist ja: Ist es ein Bub oder ein Mädchen? Und sie wollen eine Antwort darauf."

Neue Ansätze

Verhindern lassen sich Genitaloperationen an Kindern aber nach wie vor nicht. Denn wer sein Kind operieren lassen will, "findet jemanden, der es operiert", weiß Riedl. Er gibt zu bedenken, dass es bezüglich der Operationen an Intersexuellen eine Dunkelziffer gäbe. Denn obwohl alle Betroffenen an ein medizinisches Zentrum verwiesen werden sollten, geschieht das nicht immer. Wenn Eltern Auffälligkeiten bemerken und zu UrologInnen gehen, würden ÄrztInnen die Kinder mitunter einfach operieren. Deswegen arbeitet Riedl an der Vereinheitlichung der Behandlungsstandards.

Doch auch in Wien werden Genitaloperationen an Kindern durchgeführt. So rät man am AKH Eltern zu einer Operation im Kindesalter, wenn bei deren Kindern das Andrenogenitale Syndrom (AGS), eine Hormonstörung

der Nebennieren, auftritt. AGS führt bei Menschen mit einem XX-Chromo-

State of the Art

ÄrztInnen dürfen grundsätzlich "geschlechtszuweisende Operationen und weiterführende Hormonbehandlungen durchführen, wenn diese das Kriterium einer Heilbehandlung erfüllen", erklärt die Juristin Eva Matt, langjährige wissenschaftliche Mitarbeiterin am Verwaltungsgerichtshof. Doch was eine Heilbehandlung ist, wird davon abgeleitet, was in der Medizin "State of the Art" ist. "Das juristische Problem ist, dass die Medizin ihre eigenen Maßstäbe setzt. Sie definiert,

was ihr "Behandlungs-

standard ist und so-

mit auch rechtlich den

Sorgfaltsmaßstab", sagt

Matt. Für die Betroffenen hat das weitreichende Folgen. Denn durch die Operationen verlieren die Menschen mitunter ihre Reproduktionsfähigkeit - etwa wenn Hoden oder Gebärmutter entfernt werden. Ansprüche auf Entschädigung können die Menschen nicht stellen. "Solange die Medizin nicht sagt, dass die OPs nicht mehr Behandlungsstandard sind, sind die Behandlungen legal", so Matt. Hier bewegen sich ÄrztInnen in einer Art rechtlicher Grauzone. Diesen Zustand, der MedizinerInnen der alten Schule zum Vorteil gereicht, kritisieren die Vertretungen der Betroffenen. Denn rein kosmetische Operationen wie Klitorisverkleinerungen und Kastrationen von Kindern würden weiterhin als notwendige Heilbehandlungen verkauft, monieren etwa Intersex-AktivistInnen der NGO Zwischengeschlecht.org. Tatsächlich können Hoden im Bauchraum

siko bedeuten. Wie im Fall von Alex Jürgen wird dieser Zustand als Argumentation für eine vorsorgliche Entfernung der betroffenen Genitalien herangezogen. Aber selbst MedizinerInnen betonen, dass engmaschige Kontrollen zur Krebsvorbeugung in vielen dieser Fälle ausreichen würden. Denn was viele nicht wissen: Intersexualität ist nicht per se als Krankheit zu begreifen. Es gibt Betroffene, die ohne gesundheitliche Probleme aufwachsen. Allein die Gesellschaft scheint noch ein ungelöstes Problem damit zu haben, Platz zu machen – für ein drittes Geschlecht.

in manchen Fällen ein erhöhtes Krebsri-

zu einer Vermännlichung der Genitalien. Das sei aber aus mehreren Gründen ein Sonderfall, findet Riedl; erstens weil Betroffene

somenpaar

Gebärmutter und Eierstöcke haben und "daher später als Frauen normal Kinder kriegen könnten" und sich in den meisten Fällen später als Frauen fühlten. Zweitens weil der deutsche Ethikrat Betroffene von AGS nicht als Intersexuelle im engeren Sinn klassifiziert und viele Betroffene selbst das auch nicht täten. Drittens weil "eine frühe Operation oft technisch einfacher ist". So verschiedenartig die Geschlechtsvariationen Betroffener also sind, so verschieden scheinen letztlich auch die medizinischen und ethischen Perspektiven zu sein. Unumstößlicher Fakt ist allerdings: Es gibt kein Verbot für Genitaloperationen

an Kindern. Ein Zustand, den Betroffenenorganisationen kritisieren. Sie wollen nicht, dass Intersexuelle mit Zwang und unwiderruflich in ein Geschlecht gedrängt werden.



Auf den steilen Terrassen bauen die Hmong Reis an. Pflügen ist Männerarbeit, das Stecken der Setzlinge besorgen die Frauen.

VIETNAM

Zwischen Tradition und Moderne

Die 17-jährige Zu führt TouristInnen durch die traditionelle Welt der Hmong-Minderheit, um sich selbst einmal ein modernes Leben leisten zu können. Vietnams Minderheitenschutz gleicht allerdings einer Gratwanderung.

TEXT UND FOTOS: PHILIPP SONDEREGGER

o die Ausfallstraße vom Marktplatz zu den Dörfern hinunter führt, steht ein gelbes Gebäude mit westlichen Geländewagen davor. Es ist ein Regierungsgebäude. "Da kann ich meinen Vater einmal die Woche besuchen", grummelt Zu (Name von der Redaktion geändert). Er ist im Gefängnis, sagt sie und fügt knapp hinzu, "weil er unsere Traditionen nicht aufgeben will". Mehr möchte die 17-Jährige dazu nicht sagen. Zu ist Angehö-

rige der Hmong-Minderheit und arbeitet als Trekkingguide im armen Norden Vietnams. Dort führt sie WanderInnen ins Hinterland. Ganz traditionell: Zur kunstvoll bestickten blau-schwarzen Tracht trägt sie passende Gummistiefel mit Blumenmuster. Nach der Arbeit hält sie im Internetcafé über Facebook Kontakt zu ihren KundInnen aus Australien, den USA und Europa. Im Norden Vietnams, wo Minderheiten wie die der Hmong im Fokus der Regierung stehen, ver-

binden Teenager mühelos die Gegenwart und Lebensweisen des 18. Jahrhunderts. In gewisser Hinsicht unterscheidet sich das Leben dieser Heranwachsenden nicht von Alterskollegen in New York oder Berlin. Sie verlieben sich, wollen ausschlafen, und hin und wieder betrinken sie sich mit "Happy Water", wie der Reisschnaps hier heißt. Zu zeigt, wie sie das bunte Kopftuch der unverheirateten Frauen zuerst mehrfach faltet und dann wie ein handbreites Stirnband bindet.

"Eines Tages komme ich in Euer Land." Aufmerksam taxiert sie die Reaktion. Und lacht. Sie weiß, dass es nicht passieren wird. "Nicht einmal die Vietnamesen haben genug Geld, um nach Europa zu reisen."

In den Bergen

Sapa liegt im bergigen Norden Vietnams, von dem kleinen Ort ist es nicht mehr weit zu den Grenzen von China und Laos. Die umliegenden Täler werden von ethnischen Minderheiten mit bunten Gewändern und klingenden Namen wie Flower Hmong oder Red Dzao bewohnt. Fotos dieser "exotischen" Bergvölker und ihrer giftgrünen Reisterrassen sind um die Welt gegangen. Das unterscheidet Sapa von vielen anderen vietnamesischen Städten. Seit Mitte der 1990er boomt hier der Tourismus. 150.000 BesucherInnen nimmt der Ort jedes Jahr in sich auf. Vor 20 Jahren waren es gerade einmal 5.000. Dabei ist Sapa immer noch relativ schwer zu erreichen. Die meisten Besucher-Innen nehmen den Nachtzug, der von Hanoi hinauf an die chinesische Grenze fährt. Von dort schraubt sich eine Straße ins Innere des nordwestlichen Bergmassivs. Die Hotels werden von Vietnamesen der Kinh-Mehrheit betrieben. Die Kinh dominieren das Land politisch und kulturell, sie machen 80 der insgesamt 90 Millionen Vietnamesen aus. Mit dem Tourismusboom sind viele hergezogen, um ihr Glück zu suchen. Jetzt bieten sie Tageswanderungen in die umliegenden Siedlungen der Montagnards an, wie die Minderheiten im ehemaligen französischen Kolonialgebiet auch heute noch genannt werden. Ein "Homestay" über Nacht verspricht authentische Begegnung mit dem ursprünglichen Leben dieser Bergvölker westliche Toiletten inklusive.

Zu gehört der ethnischen Untergruppe der Black Hmong an. Die Hmong sind eine der größten unter den 53 staatlich anerkannten Minderheiten in Vietnam. Mit anderen Frauen aus ihrem Dorf stiefelt Zu die Marktstraße von Sapa hinauf und wieder herunter. Sie warten darauf, dass die Minibusse der Reiseagenturen eintreffen. Die Hmong-Frauen verkaufen gestickte Armbänder und Geldbörsen. Wenn die Reisenden nach kurvenreicher Fahrt endlich aussteigen können und wieder festen Boden unter den Füßen spüren, werden sie von den Hmong-Frauen bestürmt: "Buy for me." Zu spricht besser Englisch als die älteren Frauen. Australien



Traditionelle Hmong-Trachten.

hat deutliche Spuren in ihrem Idiom hinterlassen. Seit dem neunten Lebensjahr führt sie TouristInnen in die Dörfer im Hinterland. Einen Dollar zahlt ihr der Hotelbetreiber pro Tag. Manchmal gelingt es Zu, mit den AusländerInnen auf der Markstraße direkt ins Geschäft zu kommen. Dann kann sie die üblichen 50 Dollar für einen Zweitagestrip zur Gänze selbst einstreifen. Fast zur Gänze. Am Markt kauft sie davon reichlich Fleisch und frisches Gemüse, bevor der Ausflug losgeht. Zwei Gehstunden von Sapa klebt die Holzhütte ihrer Eltern zwischen ein paar Maisstauden im Hang. Seit einem Jahr gibt es Strom, doch der ist so kostbar, dass damit nur der Fernseher betrieben wird. "Tantchen" und Mutter bereiten ein Mittagsmahl am offenen Feuer zu. Der Rauch steigt die rußigen Holzwände hinauf durch die Decke und trocknet den Mais im Speicher über der Küche. Mit dem Korn werden die Lebensmittel vom Markt die achtköpfige Familie eine Woche ernähren. Zu bringt mit ihrer Arbeit praktisch die ganze Familie durch; ihre älteren Brüder, die kleinen Geschwister und die zwei Frauen. Zus Brüder haben kaum eine Chance auf einen Job. Der Maisanbau am steilen Hang wirft nicht genug ab, um etwas zu verkaufen. Mit ein paar hundert Dollar könnten sie ein Motorrad erstehen und TouristInnen chauffieren. Doch so viel Geld kann nicht einmal Zu erwirtschaften.

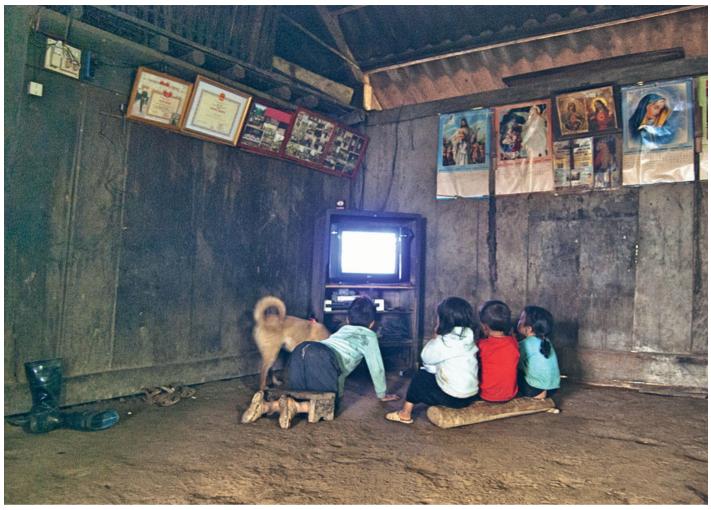
Zwischen Minderheitenschutz und Modernisierung

Die Hmong sind ursprünglich animistisch und bauen in großer Höhe Reis und Opiumpflanzen an. Das harte Leben und der Handel mit den Chinesen bescherte ihnen über

Jahrhunderte Unabhängigkeit von der Staatsmacht. Im amerikanischen Krieg - wie er in Vietnam heißt - kämpften viele Hmong auf Seiten der USA gegen die kommunistisch dominierte Befreiungsbewegung Vietkong. Nach der Wiedervereinigung von Nord und Süd waren sie deshalb massiver Repression durch die Polizei ausgesetzt. Viele Hmong wandten sich dem Christentum zu. 1986 kam in der vietnamesischen Zentralregierung der rechte Flügel an die Macht und leitete wirtschaftliche Reformen ein. Vietnam wird heute am treffendsten als Markt-Leninismus beschrieben. Massive staatliche Investitionen brachten Wachstumsraten zwischen fünf und zwölf Prozent. Auch wenn die Schere weit aufgegangen ist und die nackte Armut vor allem unter den Minderheiten noch weit verbreitet ist - seit Anfang der 1990er Jahre fiel die Armutsrate von 60 auf zehn Prozent. Die Macht wollen die KommunistInnen freilich nicht teilen und ersticken jede Opposition im Keim. Laut Human Rights Watch wurden in den letzten zwei Jahren rund 20 Blogger zu langen Haftstrafen verurteilt, weil sie das Einparteiensystem in Frage stellten. Die traditionell renitenten Montagnards versucht Hanoi durch eine Doppelstrategie von polizeilicher Repression und wirtschaftlicher Entwicklung zu disziplinieren. Viele junge Männer wie Zus Vater kommen ins Gefängnis, weil sie den traditionellen Opiumanbau nicht aufgeben wollen. Alle paar Jahre kommt es zu regelrechten Aufständen.

Zugleich gibt die Regierung viel Geld aus, um die bäuerlichen Strukturen zu modernisieren. Ab dem Jahr 2000 wurden im Norden für 75.000 Haushalte Krankenstationen errichtet. Anerkannte Minderheiten erhalten kostenlose Gesundheitsversorgung und zahlen für den Schulbesuch keine Nebengebühren – ein Privileg, das anderen VietnamesInnen seit der Liberalisierung verwehrt bleibt. Die Hoffnung ist, dass die marktwirtschaftliche Entwicklung alternative Lebensentwürfe einebnet und zur politischen Integration beiträgt.

Dabei geht die Partei einen schmalen Grat zwischen Minderheitenschutz und Modernisierung. Das Land betreibt eine offensive Minderheitenförderung, die anerkannten Gruppen sind im offiziellen Vietnam gut repräsentiert, obwohl sie ein ähnliches Stigma tragen wie Roma und Sinti in Europa. Vermehrt werden auch in anderen Regionen



Seit einem Jahr gibt es in diesem Haushalt Strom, aber noch kein elektrisches Licht. Kinder sitzen im Wohnzimmer und sehen fern.

"Homestay"-Projekte gefördert. Angehörige von Minderheiten erhalten Englischkurse und Kredite, um im Ort eine Unterkunft mit Dusche und WC zu bauen. Das soll den Tourismus ankurbeln. Tracht, Musik und Feste werden vom Regime gefördert, aber die damit verbundenen Bräuche und Lebensweisen als rückständig und abergläubisch unterbunden. Den Minderheiten droht auf diese Weise eine publikumstaugliche Folklorisierung.

Kultur als Ressource

Zu hat noch eine Überraschung auf Lager: Von ihrem Einkommen hat sie gemeinsam mit einer Freundin ein Zimmer in Sapa gemietet. Jetzt zieht sie abgegriffene Fotografien aus einer Lade: Zu beim Billlardspiel, Zu mit Tourengängern aus aller Welt, Zu vor dem Ho-Chi-Minh-Mausoleum in Hanoi. Auf einigen Fotos trägt sie Jeans und T-Shirt. Die verwegene Bergführerin ist plötzlich ein gewöhnlicher Teenager. Die bittere Armut ihrer Familie, die traditionelle Kleidung, ist das alles auch ein we-

nig Fassade für die TouristInnen?

Zu scheint die Irritation ihrer Gäste zu kennen. "Ich fühle mich wohl in der Hmong-Kleidung, im Winter warm und im Sommer kühl", schmunzelt sie. Aber in Hanoi würde sie sich in der Kutte zur Zielscheibe von Feindseligkeiten machen.

Minderheiten erhalten kostenlose staatliche Leistungen. Sie sollen sich dafür politisch integrieren.

In den 1990ern lud Vietnam den französischen Philosophen und Sinologen François Jullien ein, um sich in Fragen der Minderheitenpolitik beraten zu lassen. Das Ergebnis hat er in dem Bändchen "Die Affenbrücke" festgehalten. Jullien kritisiert, dass manche Gegenden Vietnams zum touristischen Freiluftmuseum verkommen sind, in dem ethnische Minderheiten wie eine Ware aus dem Supermarkt konsumiert würden. Die Absicht, bedrohte Kulturen zu schützen, berge

die Gefahr ihrer Erstarrung.

Eine Kultur, die nicht mehr im Austausch mit ihrer Umwelt steht, atme nicht mehr und könne nicht überleben. Jullien empfiehlt deshalb, Kultur nicht als Identität zu begreifen, sondern ihre Elemente als Ressource fürs Leben und Überleben nutzbar zu machen.

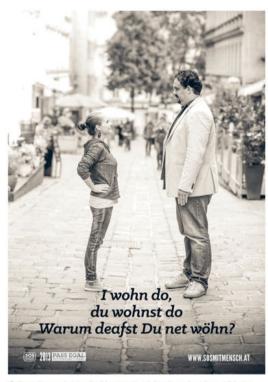
Das Mobiltelefon klingelt. Zu hebt ab, und während des Gesprächs verdunkelt sich ihre Miene. Eine Freundin hat gerade ihren Ehemann kennen gelernt, erzählt sie, nachdem sie das Telefon wieder neben sich gelegt hat. Einige Minderheiten in Vietnam sind matrilinear organisiert, und die Frauen sind den Männern in vielem gleichgestellt – die Hmong gehören nicht dazu.

Die Hmong-Frauen verrichten einen Großteil der Arbeit am Reisfeld, besorgen den Haushalt und verkaufen Stickereien. Die meisten Mädchen aus Zus Dorf wurden von ihren Eltern mit einem künftigen Ehemann verkuppelt. In Zus Familie hat dazu niemand die Macht.

Menschen aus 66 Ländern nahmen an "Pass egal Wahl" teil



Immer mehr langansässige Menschen sind in Österreich von demokratischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Das Wahlrecht ist strikt an die Staatsbürgerschaft gekoppelt, der Zugang zur Staatsbürgerschaft gleichzeitig für viele versperrt. StaatsbürgerInnen sämtlicher Kontinente dieser Erde deponierten bei der "Pass egal Wahl" von SOS Mitmensch ihren Wunsch nach demokratischer Beteiliauna.



Schon lange herrscht Unverständnis über den Ausschluss hier lebender Menschen von Wahlen



Zeitweise bildete sich eine lange Warteschlange vor dem Pass-egal-Wahllokal am Wiener Minoritenplatz



Noch nie waren bei einer Wahl so viele glückliche Gesichter zu sehen. Für manche, die ihre Stimme abgaben, war es überhaupt das allererste Mal in ihrem Leben, dass sie zur Wahlurne schreiten konnten!



Auch ORF-Star Dirk Stermann, der sei fast 25 Jahren mit deutschem Pass in Österreich lebt, gab seine Stimme ab



Wahlresultat: Die Grünen fuhren ein bemerkenswertes Ergebnis ein. Ebenfalls stark schnitten die Neos ab, die hinter der SPÖ drittstärkste Partei wurden. Die FPÖ erhielt keine einzige Stimme

NEUES VON DER BOCH

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.

TRANSKRIPTION: SUSANNA GARTLER, FOTO: LEA FRIESSNER



Frau Bock hat einen Sehnenriss in der Schulter. Plötzlich hat es einen Schnalzer gemacht, wie sie die Stufen hinuntergegangen ist. Dabei wollte sie sich nur aufstützen, weil ihr das Bein weh tut. Das Haus im 10. Bezirk wurde zwar tipptopp hergerichtet, Aufzug hat es aber keinen. Es gibt vier Stockwerke. Inzwischen wurde die Sehne in der Schulter angenagelt, aber sieben Wochen den Arm in einer Fixierung, das macht keinen Spaß. Die Papierstöße im Büro werden auch nicht von selbst kleiner.

DIE AUSWEIS-SHREDDER

Mich hat ein Polizist angerufen, der meinte, warum den Leuten die Lagerkarte weggenommen wird. Das sei doch ein Blödsinn. Sag ich, das fragen Sie mich? Das würd ich selbst gern wissen. Den Asylwerbern wird ja bei Kontrollen öfter die sogenannte Lagerkarte weggenommen oder auch gleich zerrissen, wenn sie abgelaufen ist. Wenn dann jemand einen blauen Brief kriegt, eh oft von der Polizei, kann er ihn nicht mehr abholen, weil er keinen Ausweis mehr hat. Der Polizist hat gemeint, da sollte ich doch was tun dagegen. Sag ich ihm, was soll ich machen. Ich hab deswegen eh schon im Innenministerium angerufen und gesagt, was für ein Unsinn das ist. Denn selbst wenn die Lagerkarte nicht mehr passt, wenn er aus dem

Verfahren draußen ist, ist doch sein Name, sein Geburtsdatum, sein Bild drauf. Dann kann er sich ausweisen. Im Computer sieht dann auch jeder gleich, wie der Verfahrensstand ist oder was sonst gesucht wird. Im Innenministerium hat man mir gesagt, man wird mich zurückrufen. Gehört hab ich nichts mehr.

BRAUCHEN EIN TREFFEN ...

Ich hab' immer auch Menschen, die auf Matratzen hier schlafen. Wenn da in der Nacht iemand anläutet, will ich immer auch den Ausweis sehen. Ich will ja keinen Raubmörder unterbringen. Und ich möchte auch schauen, ob's keine andere Möglichkeit gibt, wo der wohnen kann. Das Ganze ist aber ein schlechter Scherz, die Leute kommen ja gerade zu mir, weil sie die Einrichtungen alle rausschmeißen. Das ist die ärgste Frechheit. Und das wird schlimmer. Der evangelische Flüchtlingsdienst hat die Grimmgasse gesperrt. Die drei Häuser beim Arsenal, die einmal Obdachlosenheime waren, da gibt's nur mehr eines. Ich telefonier am Abend oft zwei Stunden, dass ich für jemanden einen Platz find. Aber es sind einfach alle voll, es geht denen wie mir. Ich hab gemeint, jetzt sind die Wahlen vorbei, jetzt sollten wir ein Treffen machen, wo alle Beteiligten dabei sind. Wir müssten einen Katalog erstellen, mit allen Unterbringungsmöglichkeiten. Weil so kann es nicht weitergehen.

... FÜR UNTERBRINGUNG

Bei mir wohnen gerade ein paar junge Afrikaner, die gehören ja erst erzogen. Zu denen geh ich 20-mal rein und sag, gebt's die Fiaß vom Tisch, die sind so zwischen 18 und 25 Jahre alt. Die fliegen in der Gegend herum, arbeiten dürfen sie ja nichts, gerade in dem Alter braucht man aber was, womit man sich beschäftigen kann. Da hinten ist die "Trost-Kaserne", die steht leer. Im Parterre lagert das Bundesheer noch irgendwelche Gegenstände, aber alle anderen Räume sind leer. Die Kaserne wär für so einen Zweck eingerichtet, da kann man die Leute unterbringen und einen geregelten Tagesablauf machen. Um 8 ist wecken, um 9 ist Frühstück, um 10 Deutschkurs und um 13 Uhr Mittagessen. Und jetzt? Knotzen die Leute auf Matratzen herum, was sollen sie tun? Wenn ich sag', bitte steh auf, dann steht er halt neben der Matratze. Der weiß ja nicht, wo er hingehen soll. Wir machen ja Deutschkurse, wir betreuen die Leute, aber bitte für die, für die wir Zimmer und Platz haben. Wir können das ja nicht auch noch für die anderen Einrichtungen übernehmen. Es gibt hier ein echtes Problem, dass man die Leute auf der Straße lässt, daran kann doch niemand ein Interesse haben.

POPULÄR GESEHEN

Sei achtsam

Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Deshalb brauchen wir eine Care-Ethik.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK Illustration: Petja Dimitrova

ie Türen schließen. Der Zug fährt ab. Eine Stimme aus dem Off ertönt. "Seien Sie achtsam: Andere Fahrgäste benötigen Ihren Sitzplatz vielleicht notwendiger." So heißt es neuerdings in der Wiener U-Bahn. Kleine Revolution an der Durchsagefront. Nicht die Pflicht ruft, sondern die wachen Sinne sollen in den Verkehrsbetrieben den Schwächeren zum freien Platz verhelfen. Die neue Durchsage arbeitet mit einem sorgeethischen Bezugsrahmen. Die Care-Ethik weist auf menschliche Haltungen hin, die für gute Beziehungen untereinander nötig sind. Dazu zählt die Haltung der Achtsamkeit: das aufmerksame Durch-die-Welt-Gehen ist eine Voraussetzung dafür, anderen Menschen gerecht zu werden. Wer den Platz "notwendiger braucht", soll durch Beobachtung klar werden, nicht durch Pflichterfüllung. Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Einen lückenlosen Pflichtenkatalog oder gar Tugendzwang kann der Staat nur um den Preis von Totalitarismus und der Aufgabe von Freiheit erzwingen. Ähnlich lebt auch der Sozialstaat von Voraussetzungen, die er selber nicht schaffen kann. Dass es Mindestsicherung als Schutz vor Verelendung gibt, hängt auch von der Solidarität ab, die einer Gesellschaft innewohnt. Armutsdefinitionen bringen ja meist weniger zum Ausdruck, was ein Mensch braucht, als vielmehr, was die Gesellschaft ihm zuzugestehen bereit ist. Der Zug hält in der Station. Die Türen



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

gehen auf. Eine Stimme aus dem Off ertönt: "Bitte seien Sie achtsam. Zwischen Bahnsteig und U-Bahn-Tür ist ein Spalt." In diesem Spalt kann auch die Achtsamkeit verschwinden - und als liberaler Gesinnungskitsch wieder auftauchen. Ratgeberbüchlein, Managementseminare und Karriereseiten der Zeitungen sind voll davon: "Vier Wege zur Achtsamkeit", "Achtsamkeit lernen in zwei Tagen", "Die Welt spüren und besser führen", "Die Flügel ausbreiten und Achtsamkeit leben" usw. Viele bekommen aufgrund der Vermarktung des Achtsamkeitbegriffs bei seiner Nennung mittlerweile schon Hautausschlag. Ist ihnen nicht zu verdenken. Und einen weiteren Einwand gilt es noch zu beachten. Strukturen strukturieren auch Haltungen. Solidarische Bedingungen prägen und definieren Werthaltungen. Gesellschaften mit stärkerem sozialem Ausgleich weisen höhere Lebenserwartung, geringeren Statusstress, höheres Vertrauen, mehr Inklusion und mehr Gegenseitigkeit auf. Also mehr Achtsamkeit bei gleichzeitig höherer sozialer Ungleichheit funktioniert nicht. Da ist ein Spalt. Bitte, seien Sie achtsam.

SONDERECHE

Asyl wegen Wirtschaftsflucht

Flucht ist nicht nur politisch motiviert. Schon heute erhalten Menschen Asyl, weil ihnen Bildung, Arbeit oder Gesundheit verwehrt wird

UM DIE ECKE GEDACHT MIT PHILIPP SONDEREGGER Illustration: Petja Dimitrova

ielfach wird angenommen, dass legitime Asylgründe ausschließlich auf der Verletzung bürgerlich-politischer Grundrechte beruhen, während die Verletzung ökonomischer, sozialer und kultureller Menschenrechte nicht schutzwürdig sei. Diese Einschätzung ist falsch. Die Anerkennung sozioökonomischer Fluchtgründe ist keine utopische Forderung, sondern in der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) bereits angelegt und punktuell schon heute Spruchpraxis von AsylentscheiderInnen weltweit. Dem unvollständigen Verständnis des Flüchtlingsschutzes liegt eine weit verbreitete Dichotomie zugrunde: auf der einen Seite der politisch Verfolgte – auf der anderen Seite der Wirtschaftsflüchtling. Der politische Flüchtling ist gezwungen, sein Land zu verlassen, weil er als Oppositioneller von physischer Gewalt bedroht ist. Ein Wirtschaftsflüchtling hingegen verlässt das Land freiwillig. Er ist auf der Suche nach besseren ökonomischen Möglichkeiten, weil Einkommens- und Bildungschancen in seinem Land gering sind. Diese Unterscheidung ist weit verbreitet und wird von der abwehrenden Haltung von Aufnahmeländern weiter genährt, die möglichst wenige Flüchtlinge aufnehmen und wirtschaftliche Fluchtmotive delegitimieren wollen. Auch Menschenrecht-NGOs haben in der Vergangenheit durch die Konzentration auf politische Gefangene zu dieser Dichotomie beigetragen.

Allerdings stimmt diese vereinfachte Unterscheidung weder mit den völkerrecht-

ANDERS GESAGT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

lichen Grundlagen des Flüchtlingsrechts noch mit der Spruchpraxis von AsylentscheiderInnen - also Behörden und Gerichten - überein. Ob einem Flüchtling aufgrund der Genfer Konvention Schutz zusteht, hängt von zwei Faktoren ab: Er muss politische Verfolgung oder eine ähnlich gravierende Verletzung von Menschenrechten befürchten. Und diese Verletzung darf nicht zufällig sein. Sie muss den Betreffenden in diskriminierender Weise aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gruppe treffen, die durch ein unabänderliches Merkmal definiert ist - etwa das Aussehen, das Geschlecht oder die Sexualität. Auch die systematische wirtschaftliche Benachteiligung einer Bevölkerungsgruppe kann Schutz begründen.

Auch wenn politische Fluchtgründe überwiegen, prognostizieren ExpertInnen, die GFK werde künftig bei einer noch größeren Bandbreite an sozioökonomischen Menschenrechtsverletzungen - nur mit der Einschränkung, dass die Genfer Konvention tatsächlich als letztes Netz konzipiert wurde. Dem internationalen Menschenrechtsschutz fehlen weiterhin die notwendigen Grundlagen, um alle Menschen vor schwerwiegender Verletzung ihrer Grundrechte zu schützen. Dies gilt besonders dort, wo die VerursacherInnen von Menschenrechtsverletzungen kaum individuell zugeordnet werden können: bei klimatisch bedingten Verletzungen oder der Zerstörung wirtschaftlicher Lebensgrundlagen durch Handelsliberalisierungen.

Der balkanesische Wahnsinn

Noch einmal Anmerkungen zum Nationalismus in der Diaspora.

OLIVERA STAJIC ÜBER DIE ROLLE DER MEDIEN, IN EINER PLURALISTISCHEN DEMOKRATIE FÜR DIVERSITÄT ZU SORGEN. Illustration: Petja Dimitrova



Diese aufwühlenden Ereignisse werden auch in der Diaspora debattiert. In Zeiten massiver Social-Media-Nutzung sind diese Debatten unmittelbar und sehr emotional erlebbar. Ob man sich daran beteiligt, bleibt einem selbst überlassen möchte man meinen. Ich musste jedoch immer wieder erleben, dass man von mir als Journalistin erwartet, mich aktiv zu beteiligen oder gar für "unsere Sache" die Stimme zu erheben. Das fordern jene, die mich als "eine von ihnen" identifiziert haben wollen. Jene, die mich zum gegnerischen Lager dazu zählen, unterstellen wiederum in jeder Meinungsäußerung Parteilichkeit. Diese vermeintlichen La-

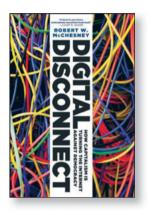


Olivera Stajic ist Redaktionsleiterin von daStandard.at.

ger verlaufen immer entlang ethnischer Begrenzungslinien, die am Balkan wie eh und je komplizierte, historisch gewachsene Konstrukte sind. Ein großer Teil der MigrantInnen aus diesem Teil Europas - egal ob sie vor Jahrzehnten als GastarbeiterInnen oder etwas später als Kriegsflüchtlinge nach Österreich kamen – akzeptiert, tradiert und zementiert diese Grenzen ein. Zudem geben sie diese Weltsicht an ihre Kinder weiter. Jene wie ich, die im Mosaikbild der eigenen Identität das Steinchen der ethnischen Zugehörigkeit - übrigens auch der Zugehörigkeit zu Österreich - gering schätzen oder als entbehrlich betrachten, begeben sich in ein Niemandsland voller Rechtfertigungsforderungen und Misstrauen. Die steten Versuche im beruflichen und privaten Umfeld diverse Etikettierungen und Vereinnahmungen abzuwehren, ist eine emotional sehr fordernde Angelegenheit. Davon können einige aus meiner Generation der Ex-Jugoslawen erzählen. Der blutige Konflikt, den wir als Kinder und Jugendliche erlebt haben, trennt uns zudem für immer von den Gleichaltrigen hierzulande. Diese Erfahrung birgt, meiner Meinung nach, auch eine gewichtige Verantwortung: Das unmittelbare Erleben eines blutigen Gemetzels als Resultat ethnischer Ressentiments sollte eine klare Abgrenzung zu jeglicher Form von Nationalismus und Faschismus zur Folge haben. Smrt fašizmu, sloboda zdravom umu!

POPULÄRHULTUR

BUCH



"Like-Button" für Monopole?

Es gibt zahlreiche Ansätze, die das Internet auf seine medienkritische oder demokratiepolitische Bedeutung untersuchen. Dabei wird wahlweise heftig gewarnt oder das Loblied auf eine neue Welt der Partizipation und Demokratisierung angestimmt. Der bekannte Autor Robert Mc-Chesney versucht sich dem Netz hingegen primär als Ort ökonomischer Entfaltung anzunähern. Und stellt fest, dass sich dieses in einen Ort verwandelt hat, an dem Konzerne die starke Tendenz zur Monopolisierung haben. Der Suchdienst Google weist einen Marktanteil von 97 Prozent auf, andere Konzerne wie Microsoft (90 Prozent), Apple, Facebook oder Amazon treten in ihren Internet-Kernbereichen als nahezu konkurrenzlose Dienstleister auf. Eine derartige Konzentration wie im Internet finde man in der realen Marktwirtschaft nicht. McChesnev untersucht, wie sich unter diesen Prämissen eine autonome Gesellschaft oder unabhängiger Journalismus als öffentliches Gut behaupten und entwickeln kann, denn dieser Markt könne das nicht bewerkstelligen. Die

Conclusio des Autors: Die "digitale Revolution" braucht erst selbst eine solche. Von der Öffentlichkeit erwartet McChesney aber nur bedingt Impulse dafür, schließlich würden Facebook oder Amazon ja nicht als ungerechte Dienste, sondern deren Leistungen als durchwegs angenehm empfunden. red

Robert W. McChesney
Digital Disconnect.
How Capitalism Is Turning The Internet Against Democracy.
The New Press
300 Seiten, 21 Euro



BUCH



Der Krake

Eigentlich erstaunlich, dass es bislang kein Buch über den Raiffeisen-Konzern gegeben hat. Die offenbar erste Darstellung des österreichischen Beteiligungskraken (in Deutschland ist Raiffeisen tatsächlich eine Genossenschaftsbank geblieben) entstand aus einer Serie, die die Autoren für den "Augustin" verfasst haben. Sollte das die These der Verfasser untermauern, dass Zeitungsverlage in Österreich ihre Redaktionen inhalt-

lich eisern im Griff haben, wenn es um die Interessen des "stillen Riesen" geht, wie ein Kapitel übertitelt ist? Das Buch selbst bietet einen Überblick über die Beteiligungen der Bank und deren Player und wirkt zeitweise mit seinen vielen Zitaten wie ein Pressespiegel. Recherchiert wurde vor allem in Zeitungsarchiven, Medien- und Kapitalismuskritik werden – gerne auch im polemischen Tonfall - immer mitgeliefert. Auch Kurt Palm findet mit seinem Krimi, der in dem österreichischen Ort "Bad Fucking" spielt, Eingang in das Buch. Darin verzockt ein Bürgermeister das Budget der Gemeinde mit Devisengeschäften, beraten von der Raiffeisenbank.

Schwarzbuch Raiffeisen **Lutz Holzinger, Clemens Staudinger**Mandelbaum Verlag

226 Seiten, 17 Euro

SPOTLIGHT

Hinter der Idylle

60 ErntehelferInnen verlangten vergeblich die Auszahlung ihrer Überstunden bei einem Großbauern in Thaur, Tirol. Also klagten sie diesen Anfang Oktober in einem mutigen Schritt. Die 33-jährige Andrada aus Rumänien ist eine von ihnen.

PORTRÄT: SÓNIA MELO

ndrada (Name von der Redaktion geändert) hat braune Augen und blond gefärbte Haare. Eigentlich sollte die Haarfarbe anders ausfallen, und zwar so, wie auf der Verpackung angegeben. Das gelingt nicht immer. Andrada ärgert sich darüber nicht, denn "nicht immer alles wie planen passieren", sagt sie. Verben konjugiert sie im Deutschen nicht, sie drückt alles im Infinitiv aus. Das hat sie so gelernt. Zehn Jahre lang sprach man so zu ihr in Tirol, die Chefs, die KollegInnen aus anderen Ländern, die Kassierin im Supermarkt. Und so lernte die Rumänin Deutsch.

Ein Jahrzehnt arbeitete Andrada am Schotthof, dem Bauernhof von Josef Norz. Mit einer Anbaufläche von über 100 Hektar und 160 MitarbeiterInnen ist der Schotthof einer der größten Landwirte seiner Region.

Überstunden bekam die Erntehelferin zum allerersten Mal im September 2013 bezahlt. Dafür musste sie protestieren, und schließlich hat sie dann auch gekündigt.

Dabei glaubt Andrada, in diesem September "wenig Stunden" gearbeitet zu haben. Es waren insgesamt 360 Stunden, die sie Salatköpfe geerntet hat, der Monatslohn betrug 1.000 Euro. "Normal über 400 Stunden im Monat", sagt sie. Mehr als 1.200 Euro verdiente die Frau jedoch nie. Das sind drei Euro in der Stunde. Der Kollektivvertrag in Österreich schreibt einen Nettolohn für ErntehelferInnen von 5,70 pro Stunde vor, auch wenn per Stück bezahlt wird.

Von den monatlich 1.000 Euro musste Andrada noch einiges abziehen. Im Personalhaus im Schotthof teilte sie ein 16-Quadrat-



Überstunden, Nachtschichten, Sonntagsarbeit nicht ausbezahlt. Ausgang nach Klage ungewiss.

meter-Zimmer mit Ehemann, Mutter und Cousine. Für die Miete zahlte jede der vier Personen dem Landwirt 110 Euro. Sogar die Gummiringe, mit denen sie Radieschen zusammengebunden hat, musste sie der Handelskette abkaufen.

Arbeiterkammer springt ein

Geboren wurde Andrada in Sibiu, hierzulande als Hermannstadt bekannt. Sie brach die Schule sehr früh ab, um arbeiten zu gehen, und war noch ledig, als sie ihrer Mutter nach Österreich folgte, so wie diese als Erntehelferin. Im Schotthof lernte Andrada ihren Mann kennen, auch er ist in Sibiu geboren. In dieser Begegnung sieht die 33-jährige Frau einen guten Grund, nicht alles zu bereuen, wenn sie an Österreich denkt. Sie starrt vor sich hin, als sie vom Schotthof erzählt. Wie Ware sei sie dort behandelt

hof erzählt. Wie Ware sei sie dort behandelt worden. In Transportwagen, die in Wirklichkeit "für Gemüse und nicht für Menschen" gedacht sind, wurden sie und die anderen ErntehelferInnen tagtäglich auf die Felder gebracht. Im Hochsommer war allen schwindelig, nahezu täglich fiel jemand aus – wegen Schwäche, Hitze oder Müdigkeit. Unzufrieden war Andrada schon lange im Schotthof, doch sie nahm die Umstände in Kauf, denn zu Hause in Rumänien ist es

schwer, Arbeit zu finden.

Anfang Oktober dieses Jahres beschloss sie, gemeinsam mit zwei anderen KollegInnen, nicht mehr tatenlos hinzunehmen, dass Überstunden im Schotthof nicht bezahlt wurden. Viele Unzufriedene schlossen sich ihnen an.

Über 60 ArbeiterInnen kündigten und kämpfen nun um ihre vertraglichen Ansprüche. Von der Landarbeiterkammer fühlen sie sich jedoch nicht vertreten, denn laut dieser müsse ihnen Norz bloß die Überstunden für 2013 rückwirkend begleichen. Deshalb baten sie die Arbeiterkammer Tirol um Unterstützung. Und obwohl diese für die ErntehelferInnen nicht gesetzlich zuständig ist, stellt sie mit einem Anwalt rechtlichen Beistand zur Seite. 43 von den Betroffenen klagten den Großbauer. Sie fordern mit der AK die Auszahlung der Überstunden, rückwirkend für die letzten drei Jahre.

Andrada lebt mittlerweile nicht mehr in Österreich, sie ist nach Hause gefahren, zurück nach Rumänien. Sie folgte dem Rat einer Freundin und fängt bald einen Friseurkurs an. Sie würde gern auch wieder nach Österreich, vorläufig aber braucht sie Ruhe. Seit Jahren hat das Paar einen Kinderwunsch, doch es klappt nicht. Stressbedingt, sagen die Ärzte. Andrada hofft, dass ihr Wunsch nun doch noch in Erfüllung geht.

POPULÄRHULTUR

BUCH



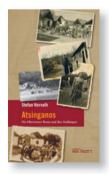
Aus einem reichen Leben

Ein Moment an der Schwelle vom Leben zum Tod, durch die Augen eines Kindes betrachtet: Als ein SS-Mann die kleine Ceija im KZ Bergen-Belsen von seinem Wachturm aus herruft, fürchtet sie Schlimmes. Er wirft ihr ein kleines Päckchen herab und sagt, er wolle ihr das geben. Sie wagt nicht, es zu nehmen und fragt: "Erschießen Sie mich nicht?" Dann fragt sie, ob

sie es ihm wieder hinaufbringen soll. Der KZ-Wächter wiederholt, sie soll es essen, es sei sein Jausenbrot. Der unerklärliche Moment kam zustande, weil die Alliierten bereits im Anmarsch waren. Die SS geriert sich kurzerhand "menschlich". Ceija Stojka erweist sich als beeindruckende Erzählerin, die Ereignisse, selbst so dramatische wie diese, in klare, knappe Worte ohne große Kommentierungen zu fassen vermag. So ohne Larmoyanz über ein gar nicht leichtes Leben zu berichten, bedeutet beim Lesen einen beachtlichen Gewinn an Intensität und inhaltlichem Reichtum. Wer mehr wissen will, wie Roma in Österreich gelebt haben, kann das an einem Beispiel hier erfahren. Stojkas Familie besaß - vor der Enteignung und Verschleppung im Nationalsozialismus-Wohnungen und Häuser in Wien, war auch, aber nicht nur das fahrende Volk von Händlern. Über das Nachkriegs-Österreich, das die wenigen Überlebenden wenn, dann widerwillig und geringfügig "entschädigte", verliert sie kaum ein schlechtes Wort. Auf Ämtern und manchmal auch sonst hörte sie bedauernde Worte darüber, dass noch welche von den Roma zurückgekehrt seien. Bei solchen Passagen wird einem klar, welche Bedeutung die Alliierten in Österreich hatten. Die so genannten Besatzer waren, so weit möglich, Garanten für die Demokratie und den Schutz von kurz davor noch Verfolgten. Viele der Kindheitserinnerungen Stojkas erwecken den Eindruck einer unwiederbringlich schönen Zeit, wiewohl sie nichts verklärt. Dass sie mit 15 Jahren schwanger wurde und der Mann das Kind mit sich fortnahm; dass langsam Traktoren Pferde ersetzten und eine wichtige Wirtschaftsquelle versiegte; dass Stojka selbst zur Handlungsreisenden wurde und bis nach Tirol unterwegs war, um dort Teppiche und anderes zu verkaufen, das alles fügt sich zu einem Fluss der Zeit, den dieses Buch trefflich beschreibt. Die Angst, erneut verfolgt zu werden, blieb ein Begleiter. Im Anhang finden sich zwei Interviews, die Herausgeberin Karin Berger mit Ceija Stojka führte. Vor einem Jahr starb Stojka mit 79 Jahren. gun

Ceija Stojka (Hg.: Karin Berger) Wir leben im Verborgenen. Aufzeichnungen einer Romni zwischen den Welten Picus Verlag 280 Seiten, 22 Euro

BUCH



Seltene Einblicke

Ein durch und durch unprätentiöses Buch, das in knappen Worten einen eigenen Planeten entstehen lässt. So liest sich Stefan Horvaths Buch über die Siedlung der Roma im mittelburgenländischen Oberwart, die zwar medial bekannt ist,

über die dennoch kaum jemand etwas weiß. Eigentlich geht es um drei Siedlungen, in die die Gemeinde ihre MitbürgerInnen einquartiert hat. In den Häusern der dritten Siedlung, die heute noch steht, gab es immerhin Wasser und Strom. Horvath geht die Siedlung Haus für Haus durch und erzählt über deren BewohnerInnen. Rau geht es hier zuweilen zu, Alkohol und unausgesprochene KZ-Traumata verschränken sich hier. Erzählt wird aber auch von einem ungebrochenen Humanismus, einer verschworenen Gemeinschaft und einem Hort, der Kindern eine Mischung aus Freiheit und Rückhalt bot. Beschönigt wird hier nichts, die Lebensumstände,

von denen Horvath - teils über Recherche, teils aus persönlicher Erinnerung - berichtet, hängen eng mit den verwehrter Bildungschance und Teilhabe der Roma zusammen. Man steckte die Kinder systematisch in Sonderschulen und ließ ihnen später v. a. Hilfsarbeiterjobs. Als Horvaths Vater sich vor dem angekündigten Bau der dritten Siedlung ein Grundstück eines befreundeten Bauern gekauft hatte, um dort ein eigenes, richtiges Haus für seine Familie zu bauen, haben die Oberwarter Gemeinde-Chefs den Deal platzen lassen. Da Versuche, die unliebsamen BurgenländerInnen an andere Gemeinden loszuwerden, nie glückten, rückte man sie mit jeder neuen Siedlung zumindest ein Stück weiter vom Ort weg. Die Bombenanschläge sind vom Klima der Ausgrenzung nicht zu trennen. Stefan Horvath ist übrigens der Vater eines der Männer, die 1995 dem Terroranschlag per Rohrbombe zum Opfer fielen.

Stefan Horvath

Atsinganos. Die Oberwarter Roma
und ihre Siedlungen
Edition lex liszt
148 Seiten, 17 Euro

POPULÄRHULTUR

BUCH

Die Armutsfalle

Die hohe Kunst, wissenschaftlich fundiert und dennoch spannend und verständlich zu schreiben, wird vor allem im angelsächsischen Raum gepflegt. Auch "Why Nations Fail", so der Originaltitel, führt kurzweilig durch 600 Seiten, auf denen Wirtschaftstheorie, historische Exkurse und viele Fallbeispiele vom aktuellen Ägypten über die sowjetische Planwirtschaft bis zum Aufstieg Englands als Kolonialmacht detailreich erklärt werden. Die Frage, die die Autoren antreibt, ist, warum die einen Staaten reich und die anderen arm sind. Schon zu Beginn erteilen sie möglichen Ursachen wie geografischen Spezifika oder kulturellen Paradigmen (auf Max Webers protestantischen Arbeitsethos zurückgehend) quasi eine Absage. Zu viele Widersprüche würden sich bei diesen Erklärungsmodellen anhäufen, um eine sinnstiftende Theorie zu bilden. So kristallisiert sich schließlich das zentrale Thema dieses Buches heraus: die Fähigkeit von Wirtschaftsinstitutionen, Marktpotenziale für die Gesellschaft zu erschließen. Reichtum, so die zentrale These, hänge vor allem vom staatlichen Rahmen ab, in dem diese Wirtschaftsinstitutionen aktiv sind. Gibt es Demokratie und Rechtsstaat als "instruktive" Kräfte eines jeweiligen Staates, oder agiert die Politik "extraktiv", indem sie, wie das in autokratischen Regimen der Fall ist, Vermögenswerte unter Ausschluss der Gesellschaft produziert. Zwar könne auch in solchen extraktiven Staaten Vermögen entstehen, wie etwa

die frühe Phase der Sowjetunion zeige, allerdings nur für eine begrenzte Zeit. Dass Institutionen, die eine konstruktive Rolle für die Wirtschaftsleistung eines Landes spielen, nicht von heute auf morgen entstehen, führen die beiden Ökonomen (Harvard und MIT) anhand europäischer Staaten wie England über deren historische Entwicklung zu Industriemächten aus. Wie der Reichtum Europas zugleich große Teile der Welt, die "Kolonien", in die Armut trieb, wird ebenfalls beschrieben (so wie die Störung des Nationbuilding-Prozesses.) Dass Nationen also an ihren Institutionen scheitern, ist die Conclusio des Buches. Außer Acht lassen sollte man die Geografie dennoch nicht: Dass ein Land wie Äthiopien, wo es in einem Jahr so viel regnet wie in Österreich in einer Woche, "etwas" schlechtere Startbedingungen hat, lässt sich wohl kaum ausblenden.

Daron Acemoglu, James A. Robinson Warum Nationen scheitern. Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut S. Fischer Verlag 2013 608 Seiten, 25 Euro





Foto: Johanna Si

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Bernhard Spindler ist seit kurzem Mitarbeiter bei SOS Mitmensch und dort u. a. für die Straßenzeitungs-Kolportage verantwortlich.

5 Dinge, die mich ärgern:

- Schwarz-Weiß-Denken, vor allem wenn es zur Schubladisierung von Menschen führt
- 2 fehlendes Einfühlungsvermögen
- **3** materieller Überfluss, ohne sich darüber klar zu sein
- 4 Utopie- und Hoffnungslosigkeit
- **6** Gleichgültigkeit (v. a. meine eigene)

5 Dinge, die mir in meinem neuen Job Freude machen:

- Kontakte mit Menschen in unterschiedlichsten
 Wohlstandslagen und Lebenswelten
- Berichte über positive Begegnungen mit MO-VerkäuferInnen
- wenn Nörgel-AnruferInnen zur Frage nach der Finanzierung von SOS Mitmensch kommen
- den Kolporteurlnnen die neusten Errungenschaften meines Rumänischkurses präsentieren
- die vielen engagierten Menschen

Und sonst?

Im richtigen Kontext kann sogar ein Stronach-Sager Sinn machen: nicht immer so negativ sein. Die Menschheit ist gar nicht so schlecht, wie oft getan wird. Und es wird besser ...



Damit wir uns weiterhin für die Rechte aller Menschen einsetzen können:

> JETZT ONLINE SPENDEN

www.sicherspenden.at/sosmitmensch

DANKE!

SOS MITMENSCH

www.sosmitmensch.at

SPENDEN GÜTESIEGEL Ihre Spende ist steuerlich absetzbar.

JOJ MITMENJCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

ASYL

Solidarisches EU-Asylsystem schaffen

SOS Mitmensch hat erstmals Berechnungen zur Schaffung eines solidarischen EU-Asyl-Finanzierungssystems angestellt. Überraschendes Ergebnis. Mit Österreich und Frankreich würden zwei Länder profitieren, die bisher strikt gegen eine Abkehr vom unsolidarischen Dublin-System aufgetreten sind

Grundlage eines solidarischen EU-Asylsystems sind einheitliche Mindeststandards,

die Wahlfreiheit der Asylsuchenden, in welchem Land sie ihren Erstantrag stellen wollen, und eine Bonus-Malus-Regelung, bei der jene Staaten, die überproportional viele Asylanträge bearbeiten, Ausgleichszahlungen erhalten.

Zusammen mit der Schaffung legaler Fluchtund Migrationswege würde ein solidarisches Asylsystem mit dazu beitragen, den Massentod an den EU-Außengrenzen zu stoppen.



Spontane Trauer- und Proteskundgebung vor dem Innenministerium.

MEDIENVIELFALT

Das MO-Magazin für Menschenrechte braucht Dich



Das MO-Magazin für Menschenrechte feiert sein achtjähriges Bestehen. Es wurde 2005 als ambitioniertes Medienprojekt ins

Leben gerufen, um journalistisch den Finger auf klaffende Menschenrechtswunden zu legen. Mit Erfolg. Immer wieder ist es dem Redaktionsteam gelungen, Missstände rund um Themen wie Migration, Gleichberechtigung, Rassismus und Demokratie aufzudecken. Beiträge wurden mit Journalismuspreisen ausgezeichnet und in anderen Medien zitiert.

Damit dieses wichtige Medienprojekt weiter am Leben bleiben kann, braucht es dringend Menschen, denen Medienvielfalt, unabhängiger Journalismus und die interessante Aufbereitung von Menschenrechtsthemen nicht nur intellektuell, sondern auch finanziell etwas wert sind. Gerade in einem von hoher Medienkonzentration geprägten Land braucht es die Unterstützungsbereitschaft durch engagierte MedienkonsumentInnen. Daher können Sie jetzt mit einem Soli-Abonnement einen Beitrag zum Fortbestand des Menschenrechtsmagazins leisten, auf der SOS-Mitmensch-Website:

www.sosmitmensch.at/site/momagazin/abos

SOS Mitmensch kämpft gegen Arbeitsverbote

Solange Asylsuchende mit Arbeitsverboten belegt sind, lässt SOS Mitmensch nicht locker. Wir konnten mit unserem Kampf bereits Teilerfolge verbuchen. Dennoch sind Asylsuchende weiterhin vom Großteil des Arbeitsmarktes ausgeschlossen. Auch der Zugang zur Lehre ist beschränkt. Die neue Regierung muss diesen Zukunftsraub endlich stoppen!

Kürzungspolitik vergrößert Budgetlöcher

Prognosen zeigen: Ein Sparpaket in Krisenzeiten lässt das Budgetloch nicht schrumpfen, sondern weiter anwachsen. Kürzungen der öffentlichen Hand führen zu mehr Arbeitslosigkeit und sinkender Nachfrage. Die Folge: sozialer Absturz, gekoppelt mit weiter steigendem Defizit. Eine echte Budgetkur braucht Investitionen und eine Steuerreform.

Gute Bildung für alle

Österreich betreibt radikale Potenzialvernichtung. Kinder, deren Eltern wenig Zeit, kein Know-how und zu wenig Geld haben, bleiben auf der Strecke. Viel zu früh, nämlich im Alter von zehn Jahren, erfolgt in den Schulen bereits die Selektion für die Zukunft.

Wir fordern gleiche Bildungschancen für alle Kinder!



ANDERE ÜBER ...

Asyl, mal sachlich

Eine Gruppe von JournalistInnen unter dem Namen "Dossier" hat in Wien, Niederösterreich und Salzburg in 98 Asylheimen die Lebensumstände recherchiert. Was sie antrieb und wie die Reaktionen der Politik ausfielen, erklärt die Dossier-Redaktion hier.

Asyl in Österreich. Es geht um Menschenleben, um Würde, um öffentliches Geld. Da kommt einiges zusammen, vermischt sich viel, macht das Thema nicht einfach: traumatisierte Flüchtlinge, überforderte Beamte, kalkulierende Politiker. Entsprechend hitzig wird diskutiert, entsprechend emotional berichten viele Medien.

Seit April 2013 recherchieren wir, eine kleine Redaktion namens Dossier, das Thema Asyl – und versuchen dabei einen anderen Weg zu gehen, sachlich und mit Daten. Wir sprachen bisher mit mehr als 200 Asylsuchenden, schossen 4.247 Fotos und sammelten rund 56 Stunden Videomaterial. Das Ergebnis ist Dossier: Asyl, Österreichs erste umfassende journalistische Untersuchung der Lebensumstände von Asylsuchenden. Wir wollten wissen, wie Menschen, die hierzulande Schutz suchen, wohnen, was sie essen und wie sie behandelt werden.

Wir haben Gutes gefunden: LehrerInnen zum Beispiel, die in ihrer Freizeit unentgeltlich Deutschkurse für Asylwerbende anbieten. Wirte, die Kindern Spielzeug kaufen. Betreiberinnen von Unterkünften, die Asylsuchende nachts mit dem Auto aus der nächsten Stadt abholen, wenn sie den letzten Bus verpassen. Wir haben aber auch die andere Seite gesehen: zerfetzte Matratzen. Schimmel in Bädern und in Schlafzimmern. Kinder, die am Boden schlafen müssen. Die Kakerlakenspezies "deutsche Schabe". Menschen, die bis zum nächsten Lebensmittelgeschäft zwei Stunden zu Fuß gehen müssen. Männer, die sagen: "Man behandelt uns wie Tiere."

Sprechverbot für Wirte

Dossier ist weder eine NGO noch der verlängerte Arm einer politischen Partei. Wir haben ohne Auftrag recherchiert. Viele verwirrt genau das. Im Oktober 2012 veröffentlichten wir das erste Mal ein Dossier. Das Thema: Inserate. Wir recherchierten die Anzeigenvergabe der Stadt Wien. Seid ihr Schwarze, wurden wir gefragt. Nein, ihr müsst Blaue sein! Immerhin, bei der Veröffentlichung geht es "gegen" das rote Wien. Farbenspiele, Lagerdenken, österreichische Muster.

"Was ist eure Agenda?", werden wir auch jetzt wieder gefragt, seit wir Dossier: Asyl veröffentlicht haben. "Was sind eure Forderungen?" Die Antworten bleiben dieselben: Journalismus ist die Agenda. Forderungen zu stellen steht uns nicht zu. Recherchieren und informieren, sachlich und doch spannend berichten – das dürfen, das müssen wir. Die Nuancen finden, so nah wie möglich an der Wahrheit dran sein. Das sehen, was zwischen Schwarz und Weiß liegt.

Wie grau Österreichs Asylwesen ist, verdeutlichen die Reaktionen der politisch Verantwortlichen. Den Missständen, die wir in der Recherche gefunden haben, treten sie unterschiedlich entgegen: Da gibt es eine Salzburger Landesrätin - seit wenigen Monaten ist sie im Amt -, die offen spricht und die Recherchen bestätigt; die Versäumnisse einräumt und Pläne zur Verbesserung vorstellt. Da gibt es in Niederösterreich eine Landesrätin, die es vorzieht, bisher kein Interview zu geben; und die noch einen Schritt weitergeht: Auch die Betreiberinnen und Betreiber von Asylunterkünften dürfen nicht mit JournalistInnen sprechen. Punkt. Und es gibt den Landesrat im Burgenland, der die Ergebnisse vom Tisch wischt. Er nennt das schlimmste Quartier der Recherche "eines der beliebtesten unter den Asylwerbern". Dass Asylsuchende dort in Zimmern schlafen, in denen Schimmel großflächig an der Wand wächst, und dass der Betreiber Strom wie Gas rationiert, scheint ihn nicht zu stören. Auch das ist Asyl in Österreich.

ZUR PERSON

Dossier

Dossier ist eine spendenfinanzierte Plattform, die investigativen und Datenjournalismus betreibt und fördert. Seit Oktober 2012 publiziert Dossier Themen von öffentlichem Interesse, bisher das Dossier: Inserate und das Dossier: Asyl.





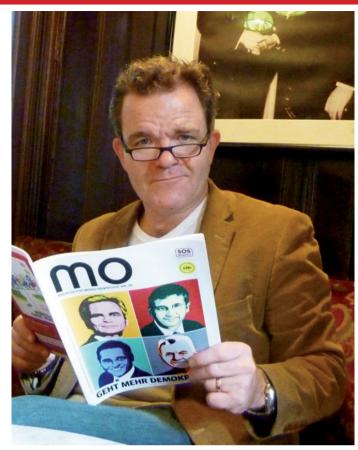
Knifflige und unterhaltsame Rätsel aus den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft. Und zusätzlich zweimal jährlich die öffentlichen Super-Championsrunden mit den vier punktestärksten Kandidat/innen. Moderation: Doris Glaser und Bernhard Fellinger Jeden Sonntag, 13.10 Uhr, live in Ö1

Melden Sie sich als Telefonkandidat/in für das Ö1 Quiz »gehört. gewusst.« an:

- T (01)50170-371
- E gehoert.gewusst@orf.at
- oe1.orf.at/quiz



"Menschenrechte gehen uns alle an. Mir ist die unabhängige Aufbereitung von Menschenrechtsthemen im MO-Magazin von SOS Mitmensch 86 Euro im Jahr wert. Ihnen auch?"



ABO-BESTELLUNG MO - Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro ZAHLUNGSART Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich) IBAN BIC Vorname, Name e-mail Zahlschein LIEFERADRESSE Vorname, Name Adresse PLZ | Stadt e-mail E-Mail abo@momagazin.at

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien

Fax 01/524 99 00-9



MO – Die Menschenrechte im Auge behalten!